



© shutterstock.com | ivector

An und über Grenzen gehen für Schule und Gesellschaft

Die Pandemie bietet Möglichkeiten –
So sichern Schulen gleiche Chancen trotz Distanz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



© VBE Niedersachsen

Franz-Josef Meyer
Vorsitzender des
VBE Niedersachsen

endlich bewegt sich etwas nach wochenlangem Verharren im Lockdown und dem ständigen Hin und Her zwischen Wechselunterricht, Notbetreuung und Distanzlernen. Die Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte arbeiten seit Wochen am Limit – immer mit dem Gedanken an eine mögliche Infizierung mit dem Coronavirus aufgrund mangelnden Gesundheitsschutzes. Viel zu lange wurden Schulen als pandemiesicher von der Politik „verkauft“ und das Gesundheitsrisiko verharmlost. Das „Aussitzen“ notwendiger Vorsorgemaßnahmen ist nun endgültig vorbei.

bot müssen allerdings alle Schulbeschäftigten ohne Wenn und Aber erhalten.

Die Forderungen nach mehr Tempo bei der Digitalisierung, klaren Vorgaben beim Distanzlernen und fairen Abschlussprüfungen kann der VBE nur unterstützen, wohl wissend, dass hier neue Aufgabenpakete auf die Schulen zurollen. Das alles kann nur mit mehr Unterstützung bewältigt werden. In mehreren Punkten widmet sich der Plan der Frage nach dem Ausgleich von versäumtem Lernstoff, Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit schwierigen Lernbedingungen und in Krisensituationen.

Der VBE warnt aber durch die Priorisierung von „Lesen, Schreiben und Rechnen“ vor einem Rückfall zur antiquierten „Old School“ vergangener Zeiten.

Alle Fachbereiche haben ihre Berechtigung und enthalten Kernkompetenzen. Eine Straffung der Curricula kann von dem verantwortlichen Gremium der Schule geleistet werden. Kürzungen der Stundentafel liegen allein in der Verantwortung des Kultusministers.

Erfreulich ist die Ankündigung, dass Grundschulen mit vier weiteren Anrechnungsstunden für Schulleitungen „sofort“ entlastet werden sollen. Diese kurzfristigen Entlastungen dürfen aber kein Strohfeuer sein. Der VBE fordert schon lange eine deutliche Anhebung der Leitungszeit und eine Besoldung von mindestens A 14 für Grundschulleiterinnen und Grundschulleiter. Die aktuellen immensen Herausforderungen zeigen, wie dringlich diese Forderung ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit und kaum kommentiert hat der Kultusminister kürzlich die aktuelle Unterrichtsversorgung präsentiert. Die Grundschulen und Gymnasien erreichen knapp die 100 %-Versorgung, an den weiterführenden Schulen hat sich der Lehrermangel erneut vergrößert. Die Versorgung erreicht z. B. bei den Hauptschulen nur noch 93,7 % und bei Förderschulen 93,2 %. Bei den Oberschulen, Realschulen und Gesamtschulen sieht es auch nicht viel besser aus. Die Hoffnung des Kultusministers auf eine Verbesserung der Situation im laufenden Jahr kann der VBE nicht teilen. Das Schönreden von schlechten Zahlen ändert nichts an der Situation, da hilft nur Gegensteuern mit besseren Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung.

Für den VBE gilt: **Wer Bildung priorisiert, muss auch den Schutz des dafür zuständigen Personals priorisieren.**

In seiner 10-Punkte-Agenda hat Kultusminister Grant Hendrik Tonne nun auf den vom VBE immer wieder geforderten besseren Infektionsschutz in Schulen reagiert. Die Ausweitung der Teststrategie mit wöchentlichen Testangeboten für alle Schulbeschäftigten sowie die Bereitstellung von FFP2-Masken für alle sind erste Signale eines Sinneswandels im Kultusministerium. Doch das reicht nicht!

Für weitergehende Hygienemaßnahmen und Infektionsschutz müssen die benötigten Gelder zeitnah und in erforderlichem Umfang den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Alle Vorkehrungen, die für den Gesundheitsschutz notwendig und hilfreich sind, müssen finanziert werden können. Mit der unsinnigen Abwehrhaltung der Politik gegenüber wissenschaftlich anerkannten Schutzvorrichtungen wie CO₂-Messgeräten, Plexiglas-Trennwänden oder Luftfilteranlagen muss Schluss sein. Die Wirksamkeit dieser Instrumente ist längst bewiesen. Dass Stoßlüften allein zum Schutz vor Infektionen ausreicht, glauben nur noch unbelehrbare Bildungspolitiker.

Der VBE duldet keine Öffnungsexperimente auf Kosten des Gesundheitsschutzes

Zu begrüßen ist daher auch der Plan, bei der Fortschreibung der Corona-Impfverordnung Beschäftigten in Kitas sowie Grundschullehrkräften in der Kategorie 2 mit hoher Priorisierung ein Impfangebot zu machen. Dieses Ange-

Ein weiteres Thema beschäftigt uns außerhalb von Corona. Es geht um die Umsetzung der inklusiven Schule.

Wir müssen leider feststellen, dass sie fast 10 Jahre nach ihrem Start kaum vorangekommen ist – im Gegenteil: Wir sehen Rückschritte durch massive Kürzungen bei den Abordnungen von den Förderschulen an die allgemeinbildenden Schulen aufgrund fehlender Sonderpädagogen. Damit sind diesen Schulen die wichtigen Fachkompetenzen für Beratung, Diagnose und Förderung verwehrt. Auch die beabsichtigte Streichung der Möglichkeit zur Feststellung des sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs ESE, Sprache und Lernen in den ersten beiden Schuljahren, behindert massiv die Weiterentwicklung der Inklusion. Da helfen auch keine Absichtserklärungen in dem gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Der VBE hat dazu eine ausführliche Stellungnahme abgegeben (siehe S. 8).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Pandemie wird uns noch lange das Schul-Leben schwer machen. Mit Sorge blicken wir auf die dramatischen Folgen für die Schülerinnen und Schüler, die nicht nur unter dem Verlust an Präsenzunterricht leiden, sondern auch die sozialen Kontakte mit Freunden schmerzlich vermissen. Eine aktuelle Studie deckt auf, dass ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie fast jedes dritte Kind psychische Auffälligkeiten zeigt. Mit den geschlossenen Schulen und Freizeiteinrichtungen ist ein Großteil der Lebensräume der Kinder weggebrochen.

Ich weiß, dass alle Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Ausnahmezeit alles versuchen, den Kontakt, so gut es eben geht, zu den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern aufrechtzuerhalten. Der VBE wird seinerseits immer wieder die Politik an ihr Versprechen erinnern, dass „kein Kind in der Pandemie verloren gehen soll“. Als kleines Dankeschön liegt jedem zeitnah-Heft eine zertifizierte FFP2-Maske bei.

Bleiben Sie gesund.

Franz-Josef Meyer, VBE-Landesvorsitzender 

Z

Impressum

zeitnah – Mitteilungen für die niedersächsische und bremische Lehrerschaft des VBE. Erscheint 4 x jährlich mit den ständigen Beilagen „Schlüsselloch“ und „NBB niedersachsen magazin“ – **Herausgeber:** Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Niedersachsen e. V. – **Landesvorsitzender:** Franz-Josef Meyer, Tel.: (05 11) 3 57 7650, Fax: (05 11) 3 57 7689, E-Mail: franzjosefmeyer@aol.com – **Landesgeschäftsstelle:** Ellernstraße 38, 30175 Hannover, Tel.: (05 11) 3 57 7650, Fax: (05 11) 3 57 7689, Internet: www.vbe-nds.de, E-Mail: mail@vbe-nds.de **Verlag:** VBE Medien, Service Nord UG (haftungsbeschränkt) Ellernstraße 38, 30175 Hannover – **Redaktion:** Uwe Franke (Schriftleiter), Düteesch 33, 49124 Georgsmarienhütte, Tel.: (0 54 01) 28 18, Fax: (0 54 01) 28 19, E-Mail: u.franke.vbe-nds@web.de; Dr. Ingrid Otto (Berufswissenschaften), E-Mail: dr-ingrid-otto@t-online.de; Konrad Barth (Bildungspolitik), E-Mail: k.barth.vbe-nds@web.de; Dr. Florian Schröder (Schulrecht), E-Mail: info@SchILFs.de; Sarah Sartipysadeh (Büchermarkt, Junger VBE), E-Mail: s.sartipy@vbe-nds.de – **Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:** Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm, Tel.: (0 23 85) 4 62 900, Fax: (0 23 85) 4 62 9090, E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de – **Design:** Wilke Mediengruppe GmbH, Hamm – **ISSN:** 1860952X – Es gilt die Anzeigenpreisliste von 2012.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Nichtmitglieder bestellen bei der Landesgeschäftsstelle. Einzelexemplar € 3,- zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement € 12,- zuzüglich € 3,- Versandkosten.

Texteinsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind u. U. nicht mit der Meinung des Verbandes identisch. Rechtsansprüche können aus dem Inhalt nicht hergeleitet werden.

Der VBE ist eine Lehrgewerkschaft für alle Schulformen der Primar- und Sekundarstufe, für pädagogische Mitarbeiter/-innen, Erzieher/-innen im nbb – niedersächsischen beamtenbund und tarifunion, post@niedersachsen.dbb.de, www.nbb.dbb.de

#1

Januar bis März 2021 | 66. Jahrgang

Aus dem Inhalt

VBE Bund	
Die VBE Bundesversammlung 2020	4
Konferenz der europäischen Bildungsgewerkschaften	4
Schulpolitik in Niedersachsen	
Opposition geißelt Schulchaos	6
VBE-Standpunkte	
VBE an den Landtag:	
Umsetzung der Inklusion „verbessern“	8
Schulorganisation	
Bundesweite VBE-Umfrage zur Inklusion an Schulen	11



Titelthema
Die Pandemie bietet Möglichkeiten – So sichern Schulen gleiche Chancen trotz Distanz 12

Personalratsarbeit	
BPR-Wahlen bei den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung	16



SCHLÜSSELLOCH
des VBE-Landesverbands Bremen 17

Junger VBE	
Virtuelles Bundestreffen	20

VBE-Nachrichten	
Rassismus ist ein Problem, das uns alle angeht	21

Schulgesundheit	
Gesund bleiben in der Hektik des Alltags	23

Recht macht Schule	
Geringfügig Beschäftigte zur Bewältigung der Corona-Pandemie	27

VBE-Service	
Angebote aus Ernährung und Hauswirtschaft	28
Lehrerbildung (noch) besser machen	29

Anders. Anders gut. Die VBE Bundesversammlung 2020

„Bleibt gesund“ – das waren die Schlussworte des Bundesvorsitzenden des VBE, Udo Beckmann, auf der Bundesversammlung 2019. In seiner Zwischenrede zur Bundesversammlung am 4. Dezember 2020 griff Beckmann diese Worte erneut auf, die in diesen Zeiten größter Veränderungen und Herausforderungen „eine Brücke zwischen dem formellen Inhalt und dem Wunsch danach, in diesen stürmischen Zeiten die Hand, wenn auch nur virtuell, auszustrecken“, zu schlagen.



© Thomas Jauk

Udo Beckmann
VBE-Bundes-
vorsitzender

In vielem verlief auch die diesjährige Bundesversammlung verändert ab. Zum ersten Mal überhaupt virtuell und mit neuen Formaten, wie etwa dem digitalen Abstimmungsverfahren zu den eingebrachten Positionen. Dass (digital) Neues und Ungewohntes auch gleichsam reibungslos, effektiv und auf fast überraschende Weise nah und verbindend sein kann, auch dafür war die Bundesversammlung ein Beweis. Wenn – und das ist eben der Unterschied zu dem, was viele Pädagoginnen und Pädagogen an Schule und Kita (immer noch) vorfinden müssen – die notwendigen Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung gewährleistet sind. Eine Verbesserung dieser Bedingungen an Schule und Kita war das gemeinsame Ziel der Positionen, die auf der Bundesversammlung 2020 eingebracht und beschlossen wurden. Darunter ein Grundsatzpapier zur strategischen Ausrichtung des VBE für das kommende Jahr, Forderungen zur Digitalisierung von Schule und digitaler



© Anne Roewer

Fortbildungen, aber eben auch eine klarstellende Position, dass Bilden und Erziehen Beziehungsarbeit ist und bleibt. Weitere Positionen bündelten etwa die (bisherigen) Lehren aus der Corona-Zeit oder brachten eine ausdifferenzierte Diskussionsgrundlage ein, wie wir Lernen und Leistung in Zukunft verstehen wollen.

Eine besondere Wertschätzung erhielt die Arbeit des VBE durch Grußworte des Generalsekretärs der Kultusministerkonferenz (KMK), Udo Michallik, sowie der europäischen Direktorin der Bildungsinternationale, Susan Flocken, die sich beide live zur Bundesversammlung hinzuschalteten. Zum Schluss wünschte der Bundesvorsitzende den Delegierten auch und gerade für das kommende Jahr: „Bleibt gesund!“

NL 12/20

ETUCE – Konferenz der europäischen Bildungsgewerkschaften

Am 1. Dezember 2020 eröffnete die Präsidentin Christine Blower die alle vier Jahre stattfindende ETUCE-Konferenz unter dem Hinweis, dass 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie ein außergewöhnliches und herausforderndes Jahr war. Das erste Mal in der Geschichte der ETUCE fand die Konferenz online statt.



© VBE Niedersachsen

Gitta Franke-Zöllmer,
gehört nach dem
Ausscheiden für
30 Jahre Gender-Arbeit

Redebeiträge zur Begrüßung gab es vom Generalsekretär der EI, David Edwards, der zuständigen EU-Kommissarin Mariya Gabriel und der KMK-Präsidentin Stefanie Hubig. Diese stellte fest: „Ohne Bildung gibt es keinen Fortschritt und keine Weiterentwicklung. Bildung ist für ein demokratisches Europa wichtig.“ Sie bekräftigte ihre Unterstützung für die Arbeit der Lehrkräfte und Ausbilder und der Bildungsgewerkschaften im Hinblick auf die Herausforderungen der Pandemie.

Satzungsgemäß standen die Wahlen des geschäftsführenden Vorstands und der Mitglieder des Vorstands an. Larry Flanagan von der schottischen

Lehrergewerkschaft wurde zum neuen Präsidenten gewählt. Der Ländersitz Deutschland wird vom VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann wahrgenommen. Der Ländersitz umfasst die Vertretung der deutschen Mitgliedsgewerkschaften (VBE und GEW). Die ETUCE-Direktorin Susan Flocken sprach den aus der Leitung ausscheidenden Mitgliedern Christine Blower, Mike Jennings (Schatzmeister) und Gitta Franke-Zöllmer (Vorsitzende der Frauen im Vorstand) Dank und Anerkennung aus.

Im Zentrum der Beratung stand die Beschlussvorlage zum Konferenzthema: Bildungsprofession stärken – eine Kampagne für Solidarität, Gleichberechtigung, Demokratie und Nachhaltigkeit. Deren Inhalte spiegeln sich im Arbeitsprogramm 2021–24 wider, das vier Themenkomplexe umfasst:

- Unterstützung und Schutz gleicher, inklusiver, freier und guter Bildung für alle
- Förderung und Schutz des Status und der Unabhängigkeit der Profession
- Rechte und Demokratie: Förderung, Schutz und Verteidigung der Demokratie, der Menschenrechte und der Gewerkschaftsrechte
- Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit: die Mitglieder stärken, die Zahl erhöhen, der Bildungspolitik mehr Gewicht geben

Da auf der virtuellen Konferenz nur die satzungsgemäß notwendigen Themen behandelt wurden, wird es Anfang Juli eine Sonderkonferenz in Lüttich geben, auf der Resolutionen und Entschlüsse behandelt werden.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Besonders als **Lehrants-anwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erstklassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter [dbv.de/beihilfe](https://www.dbv.de/beihilfe).



Empfohlen vom



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Eine Marke der AXA Gruppe



Opposition geißelt verordnete Chaostage an Niedersachsens Schulen

In einer Sondersitzung des Landtags am 22. Januar haben die Oppositionsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP schwere Versäumnisse bei der Bekämpfung und Eingrenzung der Corona-Pandemie in Schulen und Kindertagesstätten gegen die von SPD und CDU geführte Landesregierung vorgeworfen. Sie geißelten vor allem das kurzfristig angelegte „Hin und Her“ der Öffnungs- und Schließungsstrategien, die nach den Weihnachtsferien erneut für Chaostage an den Schulen geführt haben. Die Vorwürfe decken sich mit der Sorge unseres Verbandes, dass Monate für notwendige langfristige Hygiene- und Gesundheitsschutzplanungen verschwendet wurden, da man den wiederholten Warnungen von namhaften Virologen keinen Glauben schenken wollte, dass Kinder beim Infektionsgeschehen mit dem Coronavirus COVID-19 genauso ansteckend sind wie Erwachsene.

Der Jugendpolitische Sprecher der GRÜNEN Volker Bajus (MdL) verwies in seiner Rede auf den bereits Ende September von seiner Fraktion eingebrachten Entschließungsantrag „Kitas und Schulen besser schützen – ein

Winterplan gegen das Coronavirus“ (DS 18/7547 v. 29.09.20) und rechnete vor, wie zögerlich und zum Teil unzureichend die in der Öffentlichkeit unumstrittenen Forderungen und Vorschläge von den politisch Verantwortlichen umgesetzt worden sind. Im Einzelnen kritisierte Bajus die erbittert geführte Diskussion um geeignete mobile Lüftungs- und Hygienekonzepte (als Ergänzung zum Stoßlüften – die Redaktion) und die mangelnde Bereitschaft, über die 45 Millionen Euro für Hygienemaß-

nahmen, Masken und Minijobs (ca. 20.000 Euro pro Schule) hinaus weiteres Geld in die Hand zu nehmen, um die Schulenöffnungsbereit zu machen. Stattdessen habe sich die Landesregierung – wie bei der Lösung eines dem Infektionsschutz angemessenen Schülertransports – im Hickhack um die Finanzierung mit den Kommunen monatelang gestritten und neuerdings die Verantwortung für den Schulbesuch auf die Eltern abgewälzt.

GRÜNE fordern ergänzende pädagogische Unterstützung

Ferner vermissten die GRÜNEN die angekündigte zügige Digitalisierung der Schulen durch didaktische Konzepte über die eingerichtete Bildungscloud hinaus sowie deren landesweite Zugänglichkeit und Dienstgeräte für

alle Lehrkräfte, die wohl erst bis zum Jahresende 2021 ausgeliefert sind (Ergänzung: die Redaktion). Besorgt zeigte sich Bajus über die im Lockdown aufgetretenen Mängel beim Kinderschutz, denn „Schulen und Kitas seien Schutzräume und Frühwarnsysteme für Kinder, die es zu Hause nicht so leicht haben“. Er mahnte eine stärkere Verzahnung mit der Jugendhilfe an und plädierte für ein Mobilisierungsprogramm für ergänzende pädagogische Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und auch Lehramtsstudierende.

Björn Försterling, Schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, forderte von Kultusminister Tonne endlich Anstrengungen, um einen sicheren Schulbesuch auch in Corona-Zeiten zu gewährleisten. „Mit Verweis auf die Entscheidung des Kultusministeriums vom Montag und dem Verhandlungsergebnis des Ministerpräsidenten vom Dienstag (Red.: Gespräch MP und Bundeskanzlerin) musste wohl ein gesichtswahrender Kompromiss gefunden werden, (...) der die Verantwortung an die Eltern delegiert, der die Eltern verunsichert, weil sie sich fragen, ob der Schulbesuch denn jetzt sicher ist oder nicht, und der die Lehrkräfte vor die Aufgaben stellt, nicht nur zwei Gruppen im Wechselmodell zu unterrichten, sondern jetzt noch eine dritte Gruppe, die gänzlich im Distanzlernen ist.“

Er vermisse effektive Unterrichtsangebote für das Distanzlernen, forderte den Bürokratieabbau beim Abrufen der Mittel aus dem Digitalpakt, sinnvolle Luftreinigungssysteme und eine Teststrategie für Schulen. „In der Abwägung zwischen Gesundheitsschutz, Bildungschancen und der Vermeidung negativer Folgen für die soziale und emotionale Entwicklung der Kinder gib es



Volker Bajus (MdL)
Jugendpolitischer
Sprecher der GRÜNEN



Björn Försterling
Schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

mehr Antworten, als immer wieder Kitas und Schulen zu schließen“, so Försterling (FDP-Presse v. 22.01.21).

Der Schulexperte der mitregierenden CDU, Landtagsabgeordneter André Bock, ergänzte in der Debatte, er sehe eine besondere Verantwortung der Regierung gegenüber den Schüler*innen der Abschlussklassen, mehrheitlich den zukünftigen Berufseinsteigern. Diese stünden vor besonderen Herausforderungen, da deren Weichenstellung für die Zukunft unmittelbar bevorstehe und eben nicht mehr viel Zeit sei, Defizite aufzufangen, wie bei den jüngeren Jahrgängen, (CDU-Presse v. 22.01.21). Im Übrigen fielen viele Berufsorientierungen wie Praktika und Ausbildungsbesuche aus Infektionsgründen weg sowie deren begleitende Beratungen. Er plädierte für offizielle Anstrengungen, um Schulen, Arbeitgeber, Betriebe und Bildungsträger unter Lockdown-Bedingungen zusammenzubringen, damit „diese Gruppen ... nicht zu Verlierern der Pandemie werden“.



André Bock

Landtagsabgeordneter, Schulexperte der CDU

hen zurückzukehren, sobald das Pandemiegeschehen dies zulässt“. Er erläuterte den Bund-Länder-Beschluss bis Mitte Februar.

Tonne verwies ferner auf seine November-Programme zur Umsetzung von Hygienekonzepten und zur Anwerbung von Unterstützungspersonal an Schulen, ging aber nicht auf die bürokratischen Hürden und die schleppende Auszahlung der 20 Millionen Euro durch die Kommunen (Schulträger) sowie auf deren Beschwerden bezüglich mangelnder Absprachen bei den Entscheidungen des Ministeriums ein. Er verwies auf die zur Verfügung gestellten 30 Millionen Euro Sondermittel zur infektionsgeschützten Schülerbeförderung. Der Kultusminister bat abschließend im Landtag um Unterstützung für seinen Kurs, „der unsere Kinder und Jugendlichen, ihre Entwicklungschancen und Bildungsteilhabe bei fortlaufender Pandemie verantwortungsvoll in den Blick nimmt“.



Grant Hendrik Tonne
Niedersächsischer
Kultusminister

Foto: © Niedersächsische Staatskanzlei

ufra

Spitzentreffen zwischen FDP und NBB

Zu einem Meinungsaustausch über bildungspolitische Fragen trafen sich im Landtag Stefan Birkner (Landesvorsitzender FDP) und Björn Försterling (Schulpolitischer Sprecher FDP) mit Alexander Zimbehl (Landesvorsitzender NBB), Horst Audritz (Landesvorsitzender Philologenverband) und Franz-Josef Meyer (Landesvorsitzender VBE).

Die Beteiligten forderten endlich klare Vorgaben und eine langfristige Strategie für den Unterricht, ausgerichtet an den Empfehlungen des RKI. Einig waren sich die Gesprächspartner, dass die Prüfungen für die Abschlussklassen nicht ausfallen dürfen. Je nach Infektionslage könnten die Aufgabenformate und zeitlichen Vorgaben angepasst werden.

Diskutiert wurde auch über den Gesundheitsschutz in Schulen. Die FDP hat immer wieder betont, dass Schulen nicht pandemiefest sind. Die aktuelle Situation zeigt, dass Schulen im Gegensatz zu den Behauptungen des Kultusministers durchaus Infektionstreiber sein können. Die Teilnehmer fordern mehr Gesundheitsschutz durch Ausweitung der Testmöglichkeiten, kostenlose FFP2-Masken in erforderlichem Umfang und die Anerkennung von Luftfilteranlagen als wirkungsvollen Infektionsschutz. Dafür muss den Schulen mehr Geld zur Verfügung stehen, das bereitgestellte sächliche Budget reicht dafür bei Weitem nicht aus. Die Tatsache, dass es bei der Digitalisierung gerade im Schulbereich nicht vorangeht, obwohl Milliarden an Geldern dafür bereitstehen, ist ein politisches Versagen auf ganzer Linie.

Allen Beteiligten ist klar, dass nach Abklingen der Pandemie die „alten“ Probleme wieder in den Fokus rücken werden wie etwa der notorische Lehrermangel oder die Arbeitssituation der Beschäftigten. Die Pandemie hat drastisch gezeigt, dass viele Beschäftigte im Schulbereich am Limit (und oft darüber hinaus) schufteten. Die Frage, wie es mit den Lernbedingungen weitergeht, auch im Hinblick auf die vielen Bildungsverlierer der Pandemie, wird dann zu klären sein. Ein „Weiter so“ wird es nicht geben können, darin sind sich die Teilnehmer einig.

Kultusminister Tonne verteidigt Regierungshandel

Kultusminister Grant Hendrik Tonne setzte sich in seiner Rede mit den verschiedenen oppositionellen Fraktionsanträgen u. a. zu den Lüftungskonzepten, dem Infektionsschutz, der Digitalisierung, den sozialen Härten, den verantwortbaren Öffnungsstrategien von Kitas und Schulen im Hinblick auf die vom Bund und den Ländern festgelegten Inzidenzwerte auseinander. Mit keinem Wort ging er auf die Vorhaltungen der Opposition zu den jüngsten in der Öffentlichkeit genannten „Chaostagen an den Schulen“ ein. Er verwies eingangs auf den Beschluss der MP mit der Bundeskanzlerin und stellte heraus, dass das Land Niedersachsen stets die Bedürfnisse der Kinder (und die Belastung der Familien) dabei eindringlich betone. „Wir verlieren dabei aber auch nicht aus den Augen, dass es für die Entwicklung einer klaren Perspektive unerlässlich ist, wieder zu einem inzidenzbasierten Vorge-

Foto: © CDU-Fraktion Niedersachsen

„Umsetzung der Inklusion an Niedersachsens Schulen verbessern“

Niedersachsen hat 2012 mit einer Schulgesetznovelle die Einführung der inklusiven Schule beschlossen – und das mit großer parlamentarischer Mehrheit. Der vorliegende Entschließungsantrag zeigt, dass alle Parteien zu diesem Beschluss stehen. Der VBE begrüßt dieses grundsätzliche Bekenntnis zur inklusiven Schule. Es wird aber in dem Antrag auch deutlich gemacht, dass zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen noch großer Verbesserungsbedarf besteht. Kritisch ist anzumerken, dass diese Entschließung eine reine Absichtserklärung ohne Verbindlichkeiten ist. Es ist eben der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Fraktionen einigen konnten. Fest steht: Die Umsetzung der inklusiven Schule kommt nicht voran. Im Gegenteil: Seit 2012 sind kaum Fortschritte erkennbar – zuletzt eher Rückschritte.

Wenn die Politik nicht massiv gegensteuert, ist die inklusive Schule so, wie sie mal geplant war und wie sie sich bis heute entwickelt hat, zum Scheitern verurteilt.

Dazu zwei Schlaglichter:

1. Die Ergebnisse einer bundesweiten, repräsentativen forsa-/VBE-Umfrage im Herbst 2020 unter Lehrkräften zur inklusiven Schule hat ergeben: 56 % sind grundsätzlich (noch) für eine gemeinsame Beschulung, aber nur 27% glauben aktuell an die praktische Umsetzbarkeit (Begründungen: leere Kassen, fehlender politischer Wille, desolate Personalausstattung, zu wenig Unterstützung der Lehrkräfte durch weitere Professionen, mangelnde Qualifizierung des Personals, fehlende vollständige Barrierefreiheit). Die große Mehrheit der Lehrkräfte hat den Glauben an die Umsetzbarkeit der inklusiven Schule verloren und resigniert.
2. Die aktuelle Statistik vom Schuljahr 20/21 zeigt: Die Förderschulen haben mit 93,2 % die schlechteste Unterrichtsversorgung aller Schulformen. Tendenz sinkend. Die Folge: Es gibt kaum noch Abordnungen an die allgemeinbildenden Schulen. Damit fehlen die dringend benötigten Förderschullehrerstunden für Diagnose, Beratung und Förderung. Die sonderpädagogische Grundversorgung ist nicht mehr gewährleistet.

Fünf unverzichtbare Rahmenbedingungen für das Gelingen der Inklusion

1. **Grundvoraussetzung für das Gelingen der inklusiven Schule ist ein zugesichertes, festgelegtes, systembezogenes Grundkontingent an Förderschullehrerstunden pro Schule.** Den Schulen des Sek.-I-Bereiches

muss dieses Grundkontingent, wie im Punkt IV/I des Antrages benannt, ebenfalls zur Verfügung stehen. Die Sicherstellung von ausreichendem Personal für die sonderpädagogische Unterstützung ist fundamental für das Gelingen der inklusiven Beschulung (Punkt III/4).

2. Der **Mobile Dienst muss ausgebaut** und den Schulen zeitnah und umfangreich zur Verfügung stehen (**s. Punkt II/5 des Antrages**). Die Regionalen Zentren für Inklusion (RZI) müssen ihren Aufgabenbereich ausweiten. Beratung, Koordinierung und Ermittlung des Fortbildungsbedarfs sind zentrale Aufgaben, wie sie bereits im Eckpunktepapier von 2016 beschrieben wurden.

VBE-Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

3. **Kinder mit festgestelltem Förderbedarf ESE (emotionale und soziale Entwicklung)** bereiten den Schulen große Sorgen. Das Spektrum des Förderbedarfs ist sehr vielfältig und kann nur mit Unterstützung der Förderschullehrkräfte beschrieben und daraus ein Förderplan mit sinnvollen pädagogischen Maßnahmen entwickelt werden. Die Bedeutung der besseren Förderung dieser Kinder wird im Punkt I/2 des Antrages zu Recht ausdrücklich hervorgehoben.
4. Jede Schule benötigt **ein multiprofessionelles Team** mit einem festgelegten Kontingent an **Schulsozialarbeit**. Zu begrüßen sind die im Antrag geforderten verbindlichen Qualitätsstandards für den Einsatz von Schulbegleiterinnen und Schulbegleitern (s. Punkt III/7). Leider werden die für die inklusive Beschulung unentbehrlichen Sozialpädagogen im Entschließungsantrag nicht erwähnt.
5. **Aktionsplan zur Gewinnung und Weiterbildung von Lehrkräften.** Der Antrag fordert im Punkt II zu Recht verstärkte Maßnahmen zum Ausbau der Studienkapazitäten, Weiterbildungsmaßnahmen zu Sonderpädagogen und fundierte Fortbildungen für Lehrkräfte. Der notorische Personalmangel an ausgebildeten Förderschulkräften ist seit Jahren bekannt. Wir brauchen mehr Studienplätze, und das nicht nur in Oldenburg und Hannover.

Weiterbildung für Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen. Hier fordert der VBE schon seit Langem die Möglichkeit eines postgradualen Studiums mit weitgehender Freistellung vom Dienst für ein zweijähriges grundständiges Weiterbildungsstudium mit der Option der Besoldung nach A 13.

Die teils verbindlich angebotenen **Fortbildungsmaßnahmen** sind wenig attraktiv, oft nicht zielführend und bringen keinen wirklichen qualitativen Mehrwert für die Schulen.

Angehende Lehrkräfte müssen während ihrer **Ausbildung an den Universitäten**, aber auch im **Vorbereitungsdienst**, besser auf die inklusive Schule vorbereitet werden.

Förderschule Lernen

Im gemeinsamen Entschließungsantrag ist von der „Wahlfreiheit“ der Eltern bei der Entscheidung für eine inklusive Beschulung oder die Beschulung in einer Förderschule die Rede. Von einer Auflösung der Förderschule „Lernen“ wie 2017 ist im Antrag nichts mehr zu lesen. Damals hatten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch dafür eingesetzt.

Hier sehen wir eine besorgniserregende Rückwärtsentwicklung. Durch die Bevorzugung der Förderschulen bei der Lehrerversorgung wird die inklusive Beschulung massiv behindert. Eltern werden so „gezwungen“, ihre Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an einer Förderschule anzumelden.

Daher fordert der VBE für Kinder mit Unterstützungsbedarf „Lernen“ die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges der **sukzessiven Auflösung**. Wenn die inklusive Schule weiterentwickelt werden soll, kann es folgerichtig auch keine Wahlfreiheit für Eltern mehr geben. Doppelstrukturen bedeuten auch doppeltes Personal und doppelte Finanzierung für die Beschulung von Kindern in Förderschulen und in den Regelschulen.

Änderung der Verordnung zur Feststellung eines Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung

Der vorliegende Entwurf hat das **Ziel, die Feststellungsverfahren zu verschlanken und die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte zu reduzieren**. Der Entwurf kommt damit einer langjährigen Forderung der Bildungsverbände nach. Die **Förderkommission tagt nur noch auf Wunsch der Eltern**. Eine **erneute Überprüfung** des sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs **beim Wechsel z. B. von der Grundschule in eine Schule des Sek.-I-Bereichs entfällt**, außer es ergeben sich neue Erkenntnisse für einen veränderten Umfang oder eine Aufhebung des Unterstützungsbedarfs. Der VBE begrüßt diese Veränderungen, die zu einer Arbeitsentlastung führen können.

In den Förderschwerpunkten „Sprache“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ wird in den ersten beiden Schuljahren eine Überprüfung **grundsätzlich nicht für erforderlich gehalten. Im Förderschwerpunkt „Lernen“ darf frühestens im zweiten Schuljahr eine Überprüfung stattfinden**. Der VBE lehnt aber entschieden die zeitliche Differenzierung der Durchführung des Verfahrens ab.

Bei **Kindern mit Sprachproblemen** muss die Schule von Anfang an wissen, welche Sprachfehler vorliegen und was man dagegen tun kann. Das gilt ebenso für den Bereich „Emotionale und soziale Entwicklung“. Der Verzicht auf die Durchführung eines Prüfungsverfahrens **widerspricht zudem dem vorliegenden Entschließungsantrag**.

Auch **der grundsätzliche Verzicht auf Feststellung eines Unterstützungsbedarfs für Kinder mit Lernschwierigkeiten ist nicht nachvollziehbar**. Die vage Formulierung „Probleme beim Lesen, Schreiben und Rechnen führten ‚allein‘ nicht zu einem Unterstützungsbedarf“ muss präzisiert werden.

Der grundsätzliche Verzicht in den beschriebenen Förderbereichen wird sachlich nicht begründet. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Politik hier auf Kosten der betroffenen Kinder und der Grundschullehrkräfte versucht, möglichst viele Förderschulstunden in den ersten beiden Schuljahren einzusparen und gleichzeitig die Doppelzählung auf kaltem Wege abzuschaffen. Die Beantragung einer Schulbegleitung wird erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Sollte die Änderungsverordnung wie vorgesehen umgesetzt werden, führt es nicht zu einer Entlastung, sondern zu einer deutlichen Mehrbelastung für die Lehrkräfte und zu einem weiteren herben Rückschlag in der Weiterentwicklung der inklusiven Schule. Das kann niemand wollen.

Schlussbemerkung

Nach fast 10 Jahren inklusiver Schule diskutieren wir noch immer die gleichen Fragen und Forderungen für die Umsetzung. Es stellt sich die Frage: Nutzt die Politik alle verfügbaren Mittel, um das Ziel der Inklusion in Schulen zu verwirklichen? Zur Inklusion gibt es keine Alternative! Die politischen Entscheidungsträger müssen jetzt handeln, wenn sie die inklusive Schule retten wollen. Die Gelingensbedingungen liegen auf dem Tisch.

Franz-Josef Meyer, VBE-Vorsitzender
(gekürzte Fassung) 

Weiterlesen im Web



https://www.vbe-nds.de/231967-vbens-de/Standpunkte/stellungnahme_zur_umsetzung_der_inklusion.php

Der Deutsche Schulleiterkongress: wie sonst, nur anders



© Thomas Jauk

Udo Beckmann

VBE stellt neue forsa-Umfrage mit dramatischen Ergebnissen vor

Ungewöhnliche Zeiten brauchen ungewöhnliche Formate. Aufgrund der weiterhin angespannten Lage mit Blick auf das Infektionsgeschehen in Deutschland hat der Deutsche Schulleiterkongress komplett digital stattgefunden. Vom 26. bis 28. November 2020 fanden sich bis zu 1.700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den digitalen Hallen ein, um bei den Vorträgen dabei zu sein, sich im Chat auszutauschen und die digitale Messe zu besuchen. Auch auf Give-aways musste niemand verzichten: Vor dem Start des Kongresses bekamen die Angemeldeten ein Päckchen mit der Post, das neben Kongressunterlagen und Flyern der Kooperationspartner und Aussteller auch kleine Aufmerksamkeiten enthielt.

Wie in den Vorjahren auch wurde anlässlich des ursprünglich für den März geplanten Kongresses vom VBE

eine Umfrage bei forsa in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse zeigten, dass die Zufriedenheit innerhalb eines Jahres deutlich gesunken war, die Schulleitungen ihr enormes Aufgabenpensum bemängelten und kritisierten, dass die Politik die Realität an den Schulen nicht ausreichend beachtete. Die Befragung erfolgte jedoch noch „vor Corona“. Die Schulschließungen waren gefühlt in weiter Ferne und der Alltag noch „normal“.

Die neueste Umfrage, welche im Oktober und November durchgeführt wurde, zeigt in beeindruckender Weise, wie dramatisch sich die Werte unter den Belastungen durch die Corona-Krise verändert haben. Udo Beckmann, der Bundesvorsitzende des VBE, bilanziert: „Die Formel ist so einfach wie bedrückend: Zu viele Aufgaben in zu wenig Zeit lassen die Zufriedenheit der Schulleitungen bei der Erfüllung von Aufgaben sinken und damit auch ihre Motivation. Hinzu kommt, dass sich die Schulleitungen weniger unterstützt fühlen. Die schlechte Note für die Bildungspolitik, nämlich eine 3,9, ist nicht nur verdient, sondern selbst provoziert!“ Im Einzelnen zeigen die Ergebnisse der Umfrage:

- Fast keine Schulleitung (3 %) kann alle Aufgaben in der ihr zur Verfügung stehenden Leitungszeit bewältigen. Ein Viertel der Befragten gibt an, maximal die Hälfte der Aufgaben zu schaffen.
- Der Anteil derer, die ihre Aufgaben häufig zu ihrer eigenen Zufriedenheit erfüllen können, sank von 73 Prozent (Beginn 2019) über 67 Prozent (Beginn 2020) auf aktuell 60 Prozent. Dafür sagen doppelt so viele Befragte, ihre Aufgaben nur gelegentlich zur eigenen Zufriedenheit erfüllen zu können (2019: 17 %, jetzt: 34 %).
- Die Motivation, zur Arbeit zu gehen, sinkt deutlich. Im Vergleich zu 2019 hat sich der Anteil derer, die „sehr gerne“ zur Arbeit gehen, mehr als halbiert (2019: 58, jetzt: 24 %). Dafür steigt der Anteil an Personen, die eher oder sehr ungerne zur Arbeit gehen, von 4 auf 27 Prozent.
- Die Unterstützung durch andere wird allgemein als etwas geringer wahrgenommen. Deutlich ist dies im Vergleich zum Jahresbeginn vor allem bei den Eltern (um 11 Prozentpunkte geringer: 45 %), den Schülerinnen und Schülern (um 15 Prozentpunkte geringer: 44 %) und insbesondere der Schulaufsicht (um 21 Prozentpunkte geringer: 32 %).

Erfüllung der beruflichen Aufgaben

Es können ihre beruflichen Aufgaben als Schulleitung zu ihrer eigenen Zufriedenheit erfüllen



Die Ausstattung der Schulen



*1 Differenz „trifft aktuell zu“ minus „traf vor der Beginn der Corona-Pandemie zu“
***) nur aktuell abgefragt

VBE-Newsletter 12/2020

Weiterlesen im Web



<https://www.vbe.de/service/meinungsumfragen/berufszufriedenheit/-schulleitung-2020-ii>

VBE-Umfrage zur Inklusion an Schulen:

Es muss viel mehr passieren!

„Die Idee ist gut, doch die Welt noch nicht bereit“. So lautet eine Liedzeile der Band Tocotronic. Im Jahr 2009, als Deutschland die gute Idee, nämlich die UN-Behindertenrechtskonvention, ratifiziert hat, konnte man gelten lassen, dass die Welt für eine umgehende und vollständige Verwirklichung der hiermit verbundenen Rechte noch nicht bereit war.

Heute, 11,5 Jahre später, darf und muss man fragen: Hat die Politik hierzulande entsprechend ihrer Verpflichtung von 2009 alle verfügbaren Mittel genutzt, um das politisch ausgerufene Ziel der Inklusion in Schulen zu verwirklichen? „Mit Blick auf unsere mittlerweile dritte repräsentative forsa-Umfrage zum Thema sage ich ganz klar: Nein“, so formulierte es der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Ergebnisse am 9. November 2020.

Zusammengefasst kommentierte er die Erkenntnisse – befragt wurden 2.127 Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen – wie folgt: „Klamme Kassen und zu wenig politischer Gestaltungswille führen zu einer desolaten Personalausstattung mit zu wenig Unterstützung der Lehrkräfte durch andere Professionen, mangelhafter Qualifizierung des vorhandenen Personals und fehlender vollständiger Barrierefreiheit. Die Klassen bleiben unverändert groß. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Schulen können ihren Inklusionsauftrag unter den gegebenen Rahmenbedingungen nach wie vor nicht erfüllen. Mehr als ernüchternd können wir damit feststel-

len: Die politisch Verantwortlichen lassen die schulische Inklusion scheitern!“ Laut Umfrage halten 56 Prozent der Lehrkräfte die gemeinsame Beschulung nach wie vor grundsätzlich für sinnvoll, aber nur 27 Prozent sagen, dass dies zurzeit praktisch sinnvoll umsetzbar ist. Landesregierungen und Kultusministerien erhalten die Note 4,5 für ihre Inklusionspolitik. Dass die coronabedingten Einschränkungen zudem zu einem Rückschritt bei der Inklusion geführt haben, bejahen 3/4 der Befragten.

Der VBE fordert eine generelle Doppelbesetzung aus Lehrkraft und Sonderpädagoge an Schulen mit inklusiven Lerngruppen, dies ist derzeit laut Umfrage an weniger als der Hälfte der Schulen gewährleistet. Zudem braucht es eine Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, was nur bei einem Drittel der Schulen der Fall ist. Die schulbaulichen Voraussetzungen müssen Standard werden, laut Umfrage sind nur 16 Prozent der Schulen vollständig barrierefrei. Zudem braucht es kleinere Klassengrößen im Sinne einer individuellen Förderung, was nicht einmal an 3 von 10 Schulen umgesetzt werden kann. Massive Investitionen in eine bessere Vorbereitung durch angemessene Aus-, Fort- und Weiterbildung sind darüber hinaus zwingend erforderlich, das aktuelle Angebot bewerten die Befragten gerade einmal mit der Note 4,3.

VBE-Newsletter 12/2020

Weiterlesen im Web

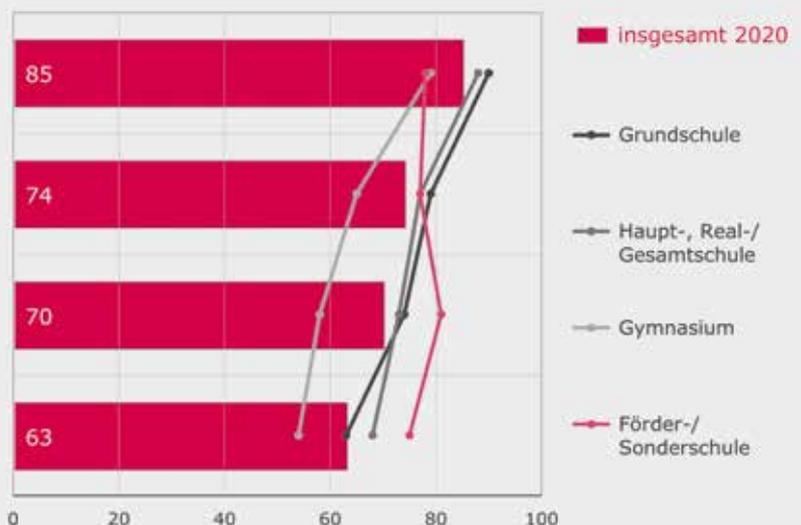


<https://www.vbe.de/service/meinungsumfragen/inklusion-2020>

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf

Den Aussagen stimmen voll und ganz/eher zu

- Jede Schule benötigt Ad-hoc-Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, um die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.
- Die Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen Rückschritt bewirkt, weil der Alltag nicht mehr geteilt wurde.
- Während der Schulschließungen ist es nicht gelungen, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausreichend zu fördern
- Bei den Schulöffnungen wurden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Vorgaben der Kultusministerien (nahezu) vergessen.





© stock.adobe.com | JackF

Die Pandemie bietet Möglichkeiten – So sichern Schulen gleiche Chancen trotz Distanz

Seit rund einem Jahr bestimmt das Coronavirus weitestgehend den Alltag an den Schulen. In den folgenden Monaten stehen für zahlreiche Schülerinnen und Schüler Prüfungen und Schulformwechsel an. Wir haben nachgefragt, wie Lehrkräfte an den unterschiedlichen Schulformen Kinder und Jugendliche unter Pandemie-Bedingungen darauf vorbereiten, und haben vielfältige Antworten bekommen.

Experten mahnen, dass die seit Langem festzustellende Verbindung von Bildungserfolg und Familienhintergrund droht, durch den lockdownbedingten Unterricht in der Distanz verstärkt zu werden. Das wären keine guten Nachrichten, denn damit verringern sich die Bildungschancen von ohnehin benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Schulen wissen um diese Schwierigkeiten und arbeiten kreativ an Lösungen für dieses Problem. Doch tatsächlich birgt die Pandemie auch Chancen, um längst fällige Veränderungen anzugehen.

Die Förderschule

Auf dem Schulhof der Astrid-Lindgren-Förderschule dreht ein Kind seine Runden auf dem Gokart. Weiter entfernt spielen andere Kinder. Zusammen spielen ist nicht erlaubt, die Kinder stammen aus verschiedenen

Kohorten. Lena Köhler sieht den traurigen Blick des Gokartfahrers und wendet sich ab. „Es ist schwer, mit anzusehen, wie einsam unser eigentlich fröhliches Schulleben geworden ist“, sagt die Konrektorin aus dem Landkreis Peine östlich von Hannover. „Unsere Schule ist eigentlich ein echter Lebensraum mit dem Sternemarkt, einem Weihnachtsbasar und großen Geburtstagsfeiern.“

Beziehungsarbeit ist das Wichtigste für das 90-köpfige Kollegium der Förderschule für geistige Entwicklung. Daran hat sich auch in der Pandemie nichts geändert. Im Austausch mit Kindern und Eltern zu bleiben ist jetzt, wenn man sich zum Teil länger nicht sieht, enorm wichtig. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Vertrauen bestehen bleibt“, sagt Köhler. Die ohnehin kleinen Lerngruppen an der Förderschule von sieben bis zehn Kindern sorgen normalerweise dafür, dass sich Pädagoge

und Kind sehr nah sind. Als im letzten Jahr die Schule von März bis zu den Sommerferien geschlossen hatte, sorgten sich die Lehrkräfte sehr um ihre Schüler. Teilweise gehören die nämlich zur Hochrisikogruppe, weil sie verschiedene Grunderkrankungen haben. Am Ende des Lockdowns, also am Anfang der Sommerferien, hatten die Lehrkräfte die Eltern daher darum gebeten, in einem Autokorso an der Schule vorbeizufahren. „Als sie dann die Kinder aus dem Fenster winken sahen, hat das unsere Kolleginnen und Kollegen beruhigt“, sagt Konrektorin Köhler.

Jetzt, Anfang 2021, ist der Kontakt wieder kontinuierlicher da. Zurzeit ist die Schulpflicht zwar ausgesetzt, viele Kinder kommen aber auf Wunsch der Eltern weiterhin in die Schule. Mit denjenigen Schülerinnen und Schülern, die zu Hause bleiben, versuchen die Lehrkräfte per Videokonferenzen und Materialpaketen in Kontakt zu bleiben. Das bisher Gelernte soll nicht in Vergessenheit geraten. Wiederholungen und Festigung stehen im Vordergrund. Enorme Lernzuwächse könne man von den Kindern in der aktuellen Situation nicht erwarten, sagt Köhler.

Die Oberschule

Lernzuwächse zu verfolgen, ist auch für die Lehrkräfte der Marienoberschule in Goldenstedt im Landkreis Vechta ein Thema und das Hauptproblem. „Einige Schüler haben wir seit Anfang Dezember nicht mehr gesehen“, sagt Rektorin Anke Magerfleisch.

Lehren aus dem Lockdown

Mit einigen Schülern treffen sich die Lehrkräfte jetzt zusätzlich zu regelmäßigen Videokonferenzen einmal in der Woche in der Schule, um sicherzustellen, dass sie die Aufgaben verstehen und vorankommen. Das ist eine Lehre aus dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020, um die Kinder und Jugendlichen nicht aus dem Blick zu verlieren. Eine weitere Lehre ist, dass täglich neue Aufgaben an die Schüler im Distanzunterricht versendet werden. Im ersten Lockdown Anfang 2020 gab es Aufgaben noch im wöchentlichen Rhythmus. „Wir haben daraus gelernt“, sagt Magerfleisch.

Im Sommer hatte die Schule eine Abfrage zum Bedarf und zu den Schwierigkeiten der Kinder und Jugendlichen durchgeführt.

Ergebnis: Nicht alle Schülerinnen und Schüler haben jederzeit verlässlich Zugang zum Internet oder können ein digitales Gerät für ihre Aufgaben benutzen. Zurzeit gibt die Schule deshalb Leihgeräte heraus und hatte mit dem Start des Schuljahres 2020/21 Medienkompetenz.

Prüfungen finden statt

Diese Voraussicht zahlt sich jetzt aus. Das Kollegium der Oberschule unterrichtet zurzeit 40 von 53 Schülerinnen und Schülern aus dem Abschlussjahrgang im Halbgruppenmodell. Alle anderen Schüler – die Schule besuchen insgesamt 321 Kinder und Jugendliche – sind im Distanzunterricht. In ganz Niedersachsen sieht es ähnlich aus. Rund 87 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die zurzeit im Halbgruppenmodell beschult werden, kommen auch in die Schule, meldet das Kultusministerium am 29. Januar. 13 Prozent der Eltern haben ihre Kinder von der Präsenzpflcht befreien lassen.

Für die Kinder und Jugendlichen gilt: Prüfungen am Ende des Schuljahres finden statt, Zeugnisse werden auch vergeben. So sehen nach aktuellem Stand auch die Pläne des Landes aus. „Unsere Schüler müssen nachweisen können, was sie können. Hinterher soll niemand sagen können: ‚Das war doch dieser Corona-Jahrgang‘“, sagt Magerfleisch. Das sieht auch der Verband Bildung und Erziehung Niedersachsen so. „Die Diskussion um den Wegfall der Abschlussprüfungen zugunsten einer Durchschnittsnote am Ende des Schuljahres hat wieder Fahrt aufgenommen. Unsere Schüler gewinnen dadurch nicht. Sie brauchen keinen Corona-Makel durch den Verzicht auf Prüfungen“, sagt der Landesvorsitzende Franz-Josef-Meyer.

Drei-Phasen-Stufenplan des Kultusministeriums Niedersachsen (Stand 2.2.2021)

1. In der laufenden und gegebenenfalls verlängerten Lockdown-Phase soll der derzeitige Stand mit Distanzlernen für die meisten Schülerinnen und Schüler, Wechselunterricht nach Szenario B im Primarbereich, an den Förderschulen Geistige Entwicklung und den Abschlussklassen sowie geschlossenen Kindertageseinrichtungen plus einer bis zu 50-prozentigen Notbetreuung, beibehalten werden.
2. Für eine Übergangsphase nach Ende des Lockdowns wird bei verbesserter Infektionslage angestrebt, wieder deutlich mehr Schülerinnen und Schüler in die Schulen zu holen. Es ist vorgesehen, in diesem Zeitraum bis zu den Osterferien, die am 29.03. beginnen, alle Schulen im Wechselunterricht nach Szenario B laufen zu lassen. Damit wären alle Kinder und Jugendlichen im Wechsel im Präsenzunterricht in der Schule vor Ort – in geteilten Klassen, mit Abstand und Maske bis an den Sitzplatz.
3. Nach den Osterferien soll der inzidenzbasierte Stufenplan im Kita- und Schulbereich gelten. Ziel ist, bei schwachem Infektionsgeschehen so viel Präsenzunterricht wie möglich anzubieten und bei erhöhtem Infektionsgeschehen schnell und konsequent zu reagieren. Basis sind die jeweiligen regionalen Landkreisinzidenzwerte, hier kann entsprechend vor Ort für die Schulen im Kreis verschärft oder gelockert werden. Kommt die Landesinzidenz über 50, wird schärfer durchgegriffen und landesweite Maßnahmen zur Kontaktreduktion werden auch in Kita und Schule umgesetzt.

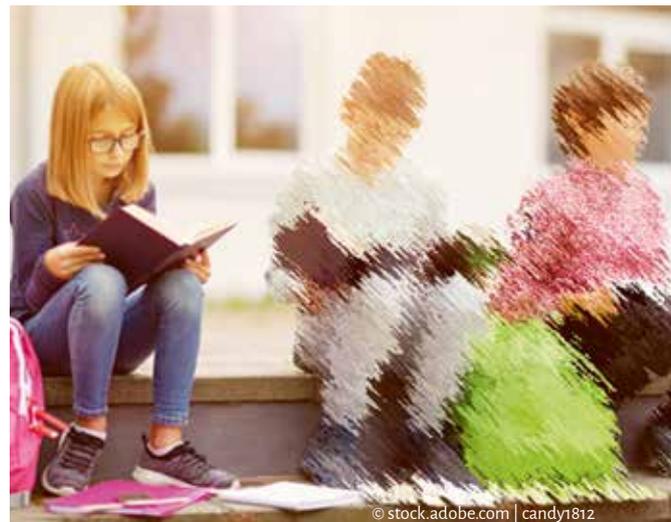
Standardausrüstung: Warme Stiefel

Für das Schulhalbjahr wünscht Rektorin Magerfleisch sich, dass Halbgruppenunterricht wieder für alle Kinder möglich ist. Distanzunterricht funktioniere zwar und habe gute Effekte. Etwa, dass die Kinder und Jugendlichen selbstständiges Arbeiten lernten. Aber die Schüler dauerhaft nicht zu sehen, schade der pädagogischen Beziehung, sagt sie. Angst vor Ansteckung herrsche im Kollegium kaum. Anders als in vielen anderen Kollegien, die Hilferufe an Behörden und Verbände absetzen.

Das Hygienekonzept in Goldenstedt ist umfassend. Masken stehen bereit, die Klassenräume sind mit Plexiglasscheiben für den Abstand und mit CO₂-Ampeln, die auf den Zeitpunkt zum Lüften hinweisen, ausgestattet. „Die Standardausrüstung einer Lehrerin sind in diesem Winter gefütterte Stiefel“, lacht Magerfleisch. Mittags sei ihr häufig nur noch kalt.

Vorteile des Pandemie-Schocks

Obwohl sie ständig friert, kann die Rektorin der Pandemie aber überraschend viel Positives abgewinnen. „Wir wurden noch nie so viel gelobt“, sagt sie. Die Wertschätzung des Pädagogischen sei bei Eltern und Schülern enorm gestiegen. Kinder und Lehrkräfte freuten sich



plötzlich, dass sie in die Schule gehen dürften. „Das Denken ist so flexibel geworden, wie ich es mir nie hatte vorstellen können.“ Aktuell stärke Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne den Schulen den Rücken, wenn sie innovative Lösungen für aktuelle Schwierigkeiten finden. Das muss dauerhaft so sein, fordert Magerfleisch. Ideen seien zahlreich vorhanden.

Angefangen beim Thema Digitalisierung. Vor der Pandemie musste man sich dafür rechtfertigen, wenn man dafür Mittel haben wollte, sagt die Rektorin. Heute ist das kein Thema mehr, denn alle erkennen die Notwendigkeit und deren Vorteile. Wenn sich jetzt beispielsweise bei der Zeugniskonferenz die Lehrkräfte getroffen haben und einige Fachlehrer nur per Video dabei sind, ist das effektiv und verringert den Aufwand für alle Beteiligten. Insgesamt machen die Geräte das Lernen zeit- und raumunabhängiger. Bisher verkrustete Strukturen brechen geradezu auf.

Die neue Freiheit würde das Kollegium um Magerfleisch gerne weiter nutzen. „Es ist mir doch prinzipiell egal, ob die Schüler morgens um acht Uhr Mathe lernen oder mittags um 12 Uhr“, sagt die Pädagogin. Sie genieße außerdem, dass es in der Schule viel ruhiger sei, unter anderem weil der Schulgong seit März ausgestellt ist. „Wenn es nach mir geht, bleibt der aus.“ Es sei nicht wichtig, dass alle pünktlich um 9.20 Uhr mit der großen Pause beginnen.

Kurzfristige Änderungen verursachen Chaos

Von der Politik fordert sie Verlässlichkeit und Unterstützung. „Das ständige Umorganisieren bremst uns“, sagt die Rektorin. Das Hin und Her verursacht außerdem Stress. Davon berichten etwa zwei Grundschullehrerinnen in einem offenen Brief an das Kultusministerium, der auch an die VBE-Geschäftsstelle gesendet wurde. „Wir machen uns große Sorgen um unser sehr engagiertes Kollegium, denn jetzt haben wir gleichzeitig Präsenzunterricht im Wechselmodell, Distanzlernen und Notbetreu-



Olaf-Axel Burow
Die Corona-Chance:
Durch sieben Schritte zur „Resilienten Schule“
 Beltz, Weinheim 2021, 123 S., 16,95 Euro
 ISBN 978-3-407-63234-0

„Vor zwei Tagen ist ein neues Buch herausgekommen, das sollten wir als Bibel lesen“, schreibt eine begeisterte Leserin: „Im Grunde steht dort all das, was wir versäumt haben. Dort finden wir aber auch Hinweise, wohin wir uns ausrichten sollten.“ Der Autor, em. Professor für Allgemeine Pädagogik an der Uni Kassel, stellt kritisch heraus, dass, während die Mehrzahl der Traditionsschulen auf den versprochenen fünf Milliarden aus dem Digitalpakt im Wartestand verharrten, die Bildungsbürokratie bei der Umsetzung versagte. Einige Pilotschulen haben sich längst auf den

Weg mit Unterstützung ihrer Schulträger gemacht, um sich die Ausstattung zu beschaffen, die ein selbst gesteuertes und digital unterstütztes Lernen ermöglicht. Professor Burow weist in sieben Fragen und Antworten auf, dass das traditionelle Schulsystem schon vor der Corona-Krise nur begrenzt zukunftsfähig war und dringend einer Modernisierung bedurfte. Die Rückkehr zum „Normalzustand“ ist aus seiner überzeugenden Perspektive nicht machbar noch wünschenswert. Das Buch gehört auf den Schreibtisch von Kultusminister Tonne und seinen KMK-Mitstreiter*innen. *u/fra*

ung. Die seit Monaten immer wieder kurzfristigen Änderungen führen nicht nur zu einem unnötigen Chaos, sondern durch die damit verbundene Mehrarbeit aller Kolleg*innen auch zu einer Mehrfachbelastung, die kaum noch zu schaffen ist“, heißt es darin. In einem weiteren Brief heißt es: „Die Auseinandersetzungen mit den Eltern werden heftiger. Mit den Ängstlichen, die uns vorwerfen, nicht vorsichtig genug zu sein. Aber auch mit den Coronaleugnern und Maskenverweigerern, die uns bedrohen, weil wir ihren Kindern die Grundrechte verwehren.“

In Goldenstedt kam es nur einmal zu einer solchen Situation, als es vor Weihnachten fast täglich neue Vorgaben gab und der Schutz der Großeltern an Weihnachten breit diskutiert wurde. „Da war die Stimmung so aufgeheizt, dass ich von allen Seiten beschimpft wurde“, erinnert sich Magerfleisch.

Die Grundschule

Im Dezember hatte auch Grundschulrektorin Anja Heckmann von der Christophorusschule aus Vechta einige schwierige Gespräche. Eltern forderten Zusagen für Ganztagsbetreuung von ihr, um selber planen zu können. Obwohl Heckmann natürlich keine Zusagen geben konnte, musste sie nach allen Seiten vermitteln. Auch im Kollegium sei sehr viel Unsicherheit, sagt sie. Trotz des guten Hygienekonzepts. Überall gebe es etwa Plexiglasscheiben an den Arbeitsplätzen in den Klassenzimmern und im Lehrerzimmer. Abstand halten ist in Halbgruppen möglich. „Und die Kinder machen sehr gut mit“, sagt Heckmann. Nur Luftfilter stehen noch auf Heckmanns Wunschliste. Für die Eltern bietet die Schule offenbar gute Bedingungen, nur neun von 195 Kindern blieben im reinen Distanzunterricht zu Hause.

Für das Distanzlernen arbeitet das Kollegium jetzt mit selbst gedrehten Lernvideos, die sie per QR-Code auf den Arbeitsblättern verlinken. Der Vorteil: Die Kinder können sich diese Erklärstücke wieder und wieder ansehen. „Wir gehen im Stoff voran, sonst schaffen wir das Halbjahr nicht“, sagt Heckmann. Im zweiten Halbjahr stehen etwa Tests für die Zweitklässler an, für die sie in die Schule kommen. Sie sollen zeigen, was sie können. Das sei vor allem wichtig, damit die Lehrkräfte eine Möglichkeit haben, einzugreifen, wenn die Leistungen der Kinder nachlassen.

Schwimmen lernen muss nachgeholt werden

Was bleibt auf der Strecke? Neben dem sozialen Miteinander, das ein wesentliches Element in der Grundschule ist, sieht Rektorin Heckmann Probleme bei der Bewegung. Sport finde zwar statt, aber nur sehr reduziert. Schlimmer wiege noch, dass Schwimmunterricht und die Prüfungen für das Seepferdchen-Abzeichen ersatzlos gestrichen sind. „Das sind unzählige Kinder in diesem Jahr, die keine Chance haben, Schwimmen zu lernen. Für

VBE fordert mehr Gesundheitsschutz (Stand 3.2.2021)

Während in den Behörden und Büros die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung für jede im Raum befindliche Person eine Mindestfläche von 10 Quadratmetern vorschreibt, verbleiben in Schulklassen von ca. 60 Quadratmetern Raumgröße bei etwa 17 anwesenden Personen (Wechselmodell) gerade mal 3,5 Quadratmeter und bei voller Klassenstärke mit Lehrkräften, bei etwa 30 Personen, weniger als zwei Quadratmeter Schutzraum. Das ist weit von den Schutzvorgaben im Arbeitsleben entfernt. Der VBE fordert von der Landesregierung, auch im Hinblick auf den zu erwartenden verlängerten Wechselunterricht für die nächsten Monate (s. Stufenplan), mehr Gesundheitsschutz:

- die uneingeschränkte kostenlose Bereitstellung von FFP2-Masken für alle Schulbeschäftigten, das zusätzliche sächliche Budget bleibt davon unberührt,
- durchgängige kosten- und anlasslose Testmöglichkeiten mehrmals pro Woche für Kitas und Schulen,
- Vorrichtungen in den Klassen für effektiven Gesundheitsschutz (z. B. Luftfilteranlagen),
- Priorisierung von pädagogischem Personal in Kitas und Schulen bei den Impfkampagnen.

die folgenden Jahrgänge muss man den Schwimmunterricht intensivieren, damit das aufgeholt werden kann. Das ist überlebensnotwendig“, sagt Heckmann.

Und nicht nur in den Sporthallen und auf dem Pausenhof ist es still. Wenn Heckmann in das Lehrerzimmer geht, findet sich dort kaum jemand. Obwohl auch hier nur noch die Hälfte der Stühle stehen, um Abstand zu halten, und Plexiglasscheiben die Arbeitsplätze abschirmen, bleiben die Lehrkräfte lieber fern. Nur zur Kaffeemaschine finden die Lehrkräfte ab und an den Weg. „Der spontane Austausch unter Kollegen hier fehlt mir sehr“, sagt die Rektorin. Der sei eigentlich sehr bedeutsam für Grundschulen und die Arbeit im Team. „Jeder lebt jetzt in seiner Gedankenwelt“, beschreibt es Heckmann.

Klare Kriterien und verbesserter Gesundheitsschutz

Diese Beispiele zeigen: Die Folgen der Pandemie wirbeln den Schulbetrieb durcheinander. Positiv ist, dass die Schulpolitik endlich im Bereich der Digitalisierung handelt und die Kollegien in den Schulen kreativ werden dürfen. Je länger die Pandemie dauert, desto kräftezehrender ist jedoch der Zustand. Nach dem andauernden Hin und Her bei den Schulöffnungen brauchen die Schulen jetzt dringend eine verlässliche Perspektive für die nächsten Wochen und Monate. Dabei geht es sowohl um klare Kriterien für den Schulbetrieb als auch um einen verbesserten Gesundheitsschutz.

Nina Braun 



Nina Braun
Die Autorin leitet seit
Januar 2021
die Bildungsredaktion
der Wilke Medien-
gruppe.

BPR-Wahlen am 11. März 2021

Aktuelles aus der Personalvertretung



© VBE Niedersachsen

Dr. Ingrid Otto
Stellv. Vorsitzende des
VBE Niedersachsen

Auf Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 1. September 2020 ist die Niedersächsische Landesschulbehörde (NLSchB) mit den Regionalabteilungen in Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück zum 30. November 2020 aufgelöst worden – damit wurde auch der Gesamtpersonalrat aufgelöst und der bisherige Bezirkspersonalrat bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde verblieb als Übergangspersonalrat bis zur Neuwahl.

Seit dem 1. Dezember 2020 sind vier eigenständige, dem Niedersächsischen Kultusministerium (MK)

unmittelbar nachgeordnete Regionale Landesämter für Schule und Bildung an den Standorten Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück eingerichtet.

WIR garantieren eine effektive Personalratsarbeit mit Tatkraft, Entschlussfreude und Sachverstand.

Alle zentralen Steuerungsaufgaben werden durch das Niedersächsische Kultusministerium verantwortet. Mit dem Referat S in der Abteilung 1 (Zentrale Aufgaben und Steuerung im Geschäftsbereich) im Niedersächsischen Kultusministerium ist eine neue Steuerungseinheit etabliert worden, über welche die landesweite Steuerung der nachgeordneten Behörden RLSB und Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) für die Fragen von Organisation, Haushalt, Qualitätsmanagement sowie Geschäftsprozessmanagement erfolgt.

Mit der Neuordnung des Geschäftsbereichs des MK erhalten die Schulen, Studienseminare und Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen mit den RLSB ab sofort direkte Verantwortliche vor Ort an den Standorten Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Schulträgern und den Studienseminaren wird dabei von besonderer Bedeutung sein – und hier kommt nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz (NPerSVG) die Personalvertretung auf den Plan.

Am 11. März 2021 ist es so weit, die Wahlen zum Bezirkspersonalrat an allen vier Regionalen Landesämtern für

Schule und Bildung (RLSB) in Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück als neuen nachgeordneten Behörden im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Kultusministeriums stehen an. Der Bezirkspersonalrat in den vier Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung (RLSB) vertritt die Belange der Beamtinnen und Beamten sowie der Beschäftigten der Dienststellen, der RLSB in Lüneburg, Braunschweig, Hannover, Osnabrück und ihren Außenstellen, sowie der 50 Studienseminare der Lehrämter.

Es geht um die Durchsetzung landesweiter Standards in der Lehrerbildung, angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine zukunftsweisende Personalentwicklung.

WIR – das Team der Kolleginnen und Kollegen des dbb beamtenbund und tarifunion – sind natürlich dabei und nehmen unsere Beteiligungsrechte konsequent wahr. WIR sind auf Augenhöhe als Partner der Dienststelle und des Personals. WIR garantieren eine effektive Personalratsarbeit mit Tatkraft, Entschlussfreude und Sachverstand.

Dr. Ingrid Otto

Mitglied im Hauptpersonalrat beim Niedersächsischen Kultusministerium seit 2000 



Wahlen zu den Bezirkspersonalräten 2021

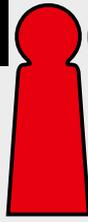
dbb beamtenbund und tarifunion

NBB Niedersächsischer Beamtenschaft und Tarifunion

Schlüsselloch

Verband Bildung und Erziehung
– LV Bremen

Jahrgang 25 Ausgabe 1
Januar/Februar/März 2021



Corona und kein Ende

Die Corona-Pandemie hat im Schulwesen die Probleme deutlich werden lassen. Vor allem aber scheint sie bei vielen „Experten“ die Phantasie im Erfinden immer neuer „wissenschaftlicher“ Begriffe angeregt zu haben. Der gute alte Schulunterricht wird nun als „Präsenzunterricht“ bezeichnet und Hausaufgaben heißen jetzt etwas euphemistisch „Distanzlernen“, das – da mithilfe eines digitalen Endgeräts namens „iPad“ durchgeführt – schon einmal per se den Anschein besonderer Fortschrittlichkeit genießt. Schon gleich nach dem Wiederbeginn des „Lockdowns“ gab es denn auch geradezu hymnische Lobhuldigungen „progressiver“ Lehrkräfte an das „digitale Lernen“, das angeblich von den meisten Schülern weitgehend beherrscht werde.

Die Wirklichkeit zeigte sich sehr bald. Während die Schüler der höheren und der Abschlussklassen notgedrungen den „Distanzunterricht“ mehr recht als schlecht umsetzten und höchstens über unverständliche Aufgaben und wenig auskunftsfreudige Lehrer klagten, sahen die Fünft- und Sechstklässler das neue iPad oft nur als willkommene Gelegenheit zum Chatten und Spielen. Schätzungsweise nur 20–30 Prozent der Schüler der unteren Klassen lösen tatsächlich die über „itslearning“ vermittelten Aufgaben und schicken die Lösung den Lehrkräften zu. Der Rest – und das sind oft die Schwächeren – nimmt am Unterricht einfach nicht mehr teil. Dazu kommt, dass die Lernplattform „itslearning“ oft überlastet ist, weil sie nun Unterricht ersetzen soll, wofür sie nie vorgesehen war.

Die Wirklichkeit zeigte sich sehr bald. Während die Schüler der höheren und der Abschlussklassen notgedrungen den „Distanzunterricht“ mehr recht als schlecht umsetzten und höchstens über unverständliche Aufgaben und wenig auskunftsfreudige Lehrer klagten, sahen die Fünft- und Sechstklässler das neue iPad oft nur als willkommene Gelegenheit zum Chatten und Spielen. Schätzungsweise nur 20–30 Prozent der Schüler der unteren Klassen lösen tatsächlich die über „itslearning“ vermittelten Aufgaben und schicken die Lösung den Lehrkräften zu. Der Rest – und das sind oft die Schwächeren – nimmt am Unterricht einfach nicht mehr teil. Dazu kommt, dass die Lernplattform „itslearning“ oft überlastet ist, weil sie nun Unterricht ersetzen soll, wofür sie nie vorgesehen war.

Der Schulsenatorin sind diese Probleme bekannt. Deshalb plädierte sie schon zu Beginn des Schuljahres dafür, die Schulen offen zu halten. Als nach den Weihnachtsferien die Schulen außerhalb der „Notbetreuung“ wieder für die Grundschulen und die fünfte und sechste Jahrgangsstufe geöffnet werden sollten, rief sie die Eltern dazu auf, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Doch Bremen ist ein Zweistädtestaat und die Bremerhavener machen ihre eigene Schulpolitik. So vertrat der Bremerhavener Schuldezernent genau das Gegenteil: Die Eltern sollten ihre Kinder möglichst **nicht** in die Schule schicken.

Der Bremer Senat hatte übrigens die „Präsenzpflicht“ (nicht die Schulpflicht!) bis Ende Januar aufgehoben und die Entscheidung den Eltern überlassen. Politische Verantwortung – Fehlanzeige?

Heiko Frerichs

Impressum Schlüsselloch

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung
– Landesverband Bremen e. V. –
Herausgeber: Vorstand des VBE Bremen,
Landesgeschäftsstelle
Postadresse: Ostmarkstraße 11, 27574 Bremerhaven
Tel.: (0471) 2 97 90 oder (04768) 587
Fax: (04768) 9 222 44, www.vbe-bremen.de



Am 18. Januar begann in Bremen und Bremerhaven der „Hybrid-Unterricht“ – Präsenzunterricht in Halbgruppen für die Abschlussklassen und diejenigen Schüler der Grundschulen und Fünft- und Sechstklässler, deren Eltern dies wünschten, und Distanzunterricht für alle anderen. Fast zwei Drittel der Grundschüler nahmen in Bremen am Präsenzunterricht teil, aber nur 35 Prozent der Schüler weiterführender Schulen. In Bremerhaven waren 17 Prozent der Grundschüler für den Präsenzunterricht angemeldet. Insgesamt hatten sich hier in der Sek. I 23 Prozent der Schüler angemeldet.

Starke Unterschiede zwischen den Schulen

Während an einigen Schulen fast alle Kinder wieder zum Präsenzunterricht kamen, entschieden sich die Eltern an anderen Schulen zu 90 Prozent für den Distanzunterricht. Bei gebundenen Ganztagschulen, die ohnehin die Betreuung der Schüler bis in den Nachmittag organisieren, wurde das Angebot des Präsenzlernens mehr angefragt als bei den nicht gebundenen Oberschulen oder den Gymnasien. Ein besonderer Fall sind die Grundschulen, wo ein Großteil der Eltern den Distanzunterricht ablehnt.

Keine Begeisterung für den Distanzunterricht

Abschlussklassen, die im Wechsel von Distanz- und Präsenzunterricht in Halbgruppen unterrichtet werden, haben eine eher ambivalente Einstellung zum Distanzunterricht. Zwar wird anerkannt, dass der Online-Unterricht eine gute Vorbereitung für das Studium sein könne (*Freie Evangelische Bekenntnisschule*), doch sei der Distanzunterricht eine schlechtere Art, zu lernen:

SCHLÜSSELLOCH



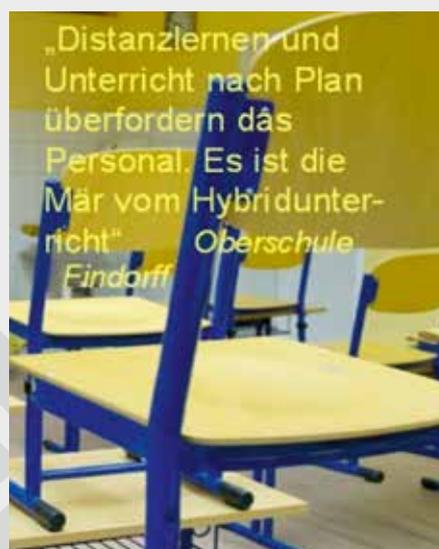
„Die Schüler, die es sowieso können, kriegen es weiterhin hin, aber die, die auf der Kippe sind, haben Schwierigkeiten allein zu Hause“ (Ökumenisches Gymnasium Bremen).

Eltern und Lehrkräfte fordern Klarheit

Der Zentralelternbeirat Bremen weist darauf hin, wie sehr die Eltern gespalten sind. Da gibt es diejenigen, die es aus Sorge vor Ansteckung gut finden, dass sie ihre Kinder nicht zur Schule schicken müssen. Und es gibt diejenigen, die Schwierigkeiten haben, ihren Arbeitgebern bei teilweise geöffneten Schulen zu erklären, dass sie auf ihre Kinder zu Hause aufpassen müssen.

HOMEOFFICE und HOMESCHOOLING – beides ist für immer mehr Eltern immer schwieriger zu leisten. Die Lehrkräfte aber, die gleichzeitig Präsenzunterricht in der Schule halten und die Schüler, die zu Hause bleiben, mit sinnvollen Aufgaben versorgen sollen, sind zusehends in ihrer Doppelrolle überfordert. iPads allein gewährleisten noch keinen Distanzunterricht.

Michael Skribbe vom Zentralelternbeirat merkt an, wie wichtig ein Plan für das weitere Vorgehen ist. „Es muss Schluss sein mit dem Hin und Her“, so Skribbe, „aber derzeit fehlt so etwas wie ein Kompass.“



Eltern und Schüler müssen bis zu den Sommerferien eine Sicherheit haben. Das ist auch wichtig für die Bildungsgerechtigkeit.“

Leistungsmessung und Corona

Ein großes Problem der Schule in Corona-Zeiten ist das der Abschlüsse. Hier steht man unter Zeitdruck und unter dem Druck, vergleichbare Leistungen attestieren zu müssen.

Die Senatorin Claudia Bogedan plante daher, die Abiturprüfungen auf den Juni zu verschieben. Das lehnte vor allem die GEW rundheraus ab. Die Prüfungen müssten ausgesetzt oder an die wirklich unterrichteten Inhalte angepasst werden, so die Forderung der Landesvorstandssprecherin Elke Suhr. Außerdem bringt die GEW wiederum den Unterricht in Halbgruppen in die Diskussion.

Mit diesen Forderungen stößt Elke Suhr allerdings auf den Widerstand der Senatorin. Die Inhalte der Abi-Prüfungen sind auch Absprachen der KMK. Für einen allgemeinen Halbgruppenunterricht aber fehlt die finanzielle Grundlage.

Überhaupt wird angesichts der Abiturienten gerne die Situation der anderen Jugendlichen verdrängt. Es droht die Schulabschluss- und Ausbildungskatastrophe.

(aus: *Buten und Binnen. Weserkurier, Nordsee-Zeitung*)

Wir trauern um unseren langjährigen Kollegen und Freund

Johannes Gerdes

* 27. Dezember 1951 + 15. Januar 2021

Johannes war 38 Jahre lang Mitglied des VBE und zuletzt stellvertretender Vorsitzender und Seniorenvertreter. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand des Verbands Bildung und Erziehung Bremen



Mareike Messner,
Regionalsprecherin Junger VBE Hannover/Braunschweig,
Mitglied im Schulbezirkspersonalrat RLSB Hannover,
GS Aueschule Aligse und Steinwedel, Lehrte

7 Fragen an Mareike Messner ...

01 Welcher Typ Schülerin warst du früher?

Minimaler Aufwand, maximaler Erfolg. Ich war immer ehrgeizig, habe aber auch relativ schnell gemerkt, worin meine Stärken lagen (Mathematik, Naturwissenschaften, Religion, mündliche Mitarbeit) und welche Bereiche „arbeitsintensiver“ waren (Deutsch, trotz Erläuterungshilfen waren meine Aufsätze in der Oberstufe selten von Erfolg gekrönt).

02 Wenn du eine Sache in Schulen ändern dürftest: Welche wäre es?

Nur eine? Weniger Unterrichtsverpflichtung in der Primarstufe, A 13 / EG 13 für alle, mehr Wertschätzung für die Übernahme einer Klassenleitung ...

03 Auf welche Frage hattest du in letzter Zeit keine Antwort?

Frau Messner, wann dürfen wir im Unterricht wieder singen?

04 Was macht dir an deinem Beruf als Lehrerin am meisten Spaß?

Ich liebe es, in wache, leuchtende Kinderaugen zu schauen, wenn die Schüler*innen auf ihren eigenen Lernerfolg oder ihr Arbeitsergebnis stolz sind.

05 Wofür würdest du mitten in der Nacht aufstehen?

Wenn meine eigenen Kinder getröstet werden wollen – und kalte Pizza.

06 Wenn du eine berühmte Persönlichkeit – egal ob lebendig oder tot – treffen dürftest: Wer wäre es und warum?

Papst Franziskus. Ich würde gerne mit ihm über die Rolle der Frau in der katholischen Kirche sowie das Zölibat sprechen.

07 Welchen Tipp hast du insbesondere für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und junge Lehrer*innen?

Durchhalten, es geht vorbei. ;-) Hilfe annehmen, Fragen stellen, eigene Anspruchshaltung reflektieren. Niemand ist perfekt und schafft alles alleine.

Seminarstartersets im Februar

Der VBE Niedersachsen gratuliert allen neuen Lehrkräften im Vorbereitungsdienst zur bestandenen Masterprüfung und wünscht einen guten Seminarstart!

Dazu erhalten auch in diesem Jahr viele der angehenden Lehrer*innen die hilfreichen Seminarstartersets, in denen sich u. a. unterstützende Informationsmaterialien und ein wiederbefüllbares Desinfektionshandspray befinden. 



Trotz allem – volle Kraft voraus! Virtuelles Bundestreffen des Jungen VBE



© shutterstock.com | Girts Ragellis

Dass der Junge VBE trotz der Herausforderungen im Kontext der Corona-Pandemie aktiv ist, wurde am 4. Dezember 2020 im Rahmen seines virtuell veranstalteten Bundestreffens deutlich. Zunächst stand hier ein Austausch zu den bildungspolitischen Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Erfahrungen in den einzelnen Bundesländern im Umgang mit der Pandemie im Fokus.

Dabei wurde deutlich, wie unterschiedlich hier agiert wird. Während in Brandenburg beispielsweise der Aufbau der digitalen Unterrichtsplattformen voranschreitet, befindet sich in Sachsen-Anhalt nahezu alles im Ruhezustand. Wünschenswert, da waren sich alle

Vertreterinnen und Vertreter des Jungen VBE einig, wären einheitlichere und abgestimmtere Lösungen der Länder, denn auch das wurde deutlich: Leidtragende sind viel zu oft die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern Regelungen erklären müssen, deren Zustandekommen sie selbst kaum nachvollziehen können.

Trotz der aktuellen Situation zeigen sich die Teams des Jungen VBE auf Landesebene aktiv und flexibel. So konnte man beispielsweise in Rheinland-Pfalz die Stammtische in digitaler Form fortsetzen, in Baden-Württemberg wurde im November ein Online-Junglehrertag durchgeführt, in Sachsen hat man digitale Veranstaltungen für Referendarinnen und Referendare angeboten. In Mecklenburg-Vorpommern arbeitet man fleißig an den Einsteigerheften für den Berufsbeginn im Lehrberuf und Niedersachsen glänzt mit neuem Logo.

Weitere Themen auf der Tagesordnung des Bundestreffens des Jungen VBE waren Blended Learning, das Projekt „Podcast“ sowie der Hackathon der Bundesregierung #WirVsVirus. Der Hackathon ist eine der größten Gemeinschaftsaktionen zum Suchen und Finden von Lösungen zur Bewältigung unterschiedlicher Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und ihrer Auswirkungen.

VBE-Newsletter 02/2021

Einstellung von Lehrkräften zum 2. Schulhalbjahr 2020/2021

Schulformen	Kapitel	Regionalabteilungen				Stellen insgesamt
		Braunschweig	Hannover	Lüneburg	Osnabrück	
Grundschule	0710	80	60	70	60	270
Haupt- und Realschule Oberschule	0712 0713 0717	110	70	115	65	360
Förderschule	0711	40	25	30	30	125
Gymnasium	0714	50	50	60	40	200
Gesamtschule	0718	70	75	60	40	245
Stellenausschreibungen am 3.11.2020		350	280	335	235	1.200

Die Einstellungen am 01.02.2021 erfolgen grundsätzlich im Beamtenverhältnis. Liegen die rechtlichen Voraussetzungen dafür nicht vor, sind diese Lehrkräfte als Tarifbeschäftigte einzustellen. Auf eigenen Wunsch ist ebenfalls eine Einstellung in einem Beschäftigtenverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich.

RdErl. d. MK v. 5.10.2020 – 34 – 84002 – VORIS 22410

„Rassismus ist ein Problem, das uns alle angeht“

Virtueller Wertedialog mit Claudia Auerbach

In ganz Deutschland geben der VBE, seine 16 Landesverbände und die gemeinnützige Stiftung GermanDream Schulen die Möglichkeit, die Werte des Grundgesetzes im direkten Dialog und durch das biografische Beispiel von Wertebotschafterinnen und -botschaftern erlebbar zu machen.

Die Wertebotschafter*innen führen Wertedialoge vor Ort an Schulen, in Vereinen, Jugendzentren und an anderen kulturellen und religiösen Treffpunkten oder mittlerweile auch im virtuellen Raum durch. Hier berichtet Wertebotschafterin Claudia Auerbach von ihrem virtuellen Wertedialog mit dem Werner-von-Siemens-Gymnasium in Berlin.

Lange Zeit dachte Wertebotschafterin Claudia Auerbach, dass ihr als Kind eines weißen Vaters kein Rassismus widerfahren könne. Heute, Jahre später, reflektiert sie

»Hört denen zu, die schon einmal Rassismus erfahren haben!«

ihre Erfahrungen des Aufwachsens in einem niedersächsischen Dorf als Kind eines deutschen Vaters und einer nigerianischen Mutter. Im Gespräch mit dem Leistungskurs Philosophie des Werner-von-Siemens-Gymnasiums in Berlin diskutierte sie über Black Lives Matter, Alltagsrassismus und die bittere Erkenntnis, dass sie viele Menschen in der weißen Mehrheitskultur immer noch als „schwarz oder anders“ empfinden. Claudia fordert, dass man alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft nicht nur toleriert, sondern auch akzeptiert.

Claudia fühlt sich müde. Obwohl sie erfolgreich studiert und mitten im Leben steht, muss sie sich in ihrem Alltag immer noch mit Vorurteilen und Anfeindungen auseinandersetzen. Besonders stört sie dabei die Gleichgültigkeit vieler Menschen. „Ohne Selbstreflexion funktioniert keine Akzeptanz.“ Gespannt lauschen die Schüler*innen der Wertebotschafterin und erzählen selbst offen über eigene Situationen und Erlebnisse. Unter anderem berichten die Teilnehmer*innen über Freund*innen, die nach ihrer Herkunft gefragt wurden, weil sie „wegen ihrer Hautfarbe nicht aus Deutschland kommen“ könnten. Geduldig erklärt Claudia den Unterschied zwischen den verschiedenen Begrifflichkeiten und Selbstbezeichnungen wie zum Beispiel Black Person of Color und ergänzt: „Wir müssen auch den Mut haben, mal nachzufragen.“ Es sei wichtig, Betroffenen in schwierigen Situationen zu helfen und auf ihre Probleme einzugehen. Erst kürzlich äußerte Bundespräsident Steinmeier dazu, dass man mehr tun müsse, als „kein Rassist zu sein“.



© Roos Mulders/GermanDream

Claudia Auerbach

Insbesondere die Ereignisse um den Tod von George Floyd und die Möglichkeit, ob etwas Ähnliches in Deutschland passieren könne, beschäftigt die Klasse sehr. Wenn Claudia die Bilder von dem rassistisch motivierten Mord an dem Afroamerikaner sehe, fühle sie sich jedes Mal, als „würde ein Stück von ihr weggenommen werden, weil er in den Augen der Täter weniger wert war“.

Auch wenn die Ereignisse vielen der Schüler*innen weit weg erschienen, habe ihnen die Brutalität und die mediale Aufmerksamkeit vor Augen geführt, dass man nicht einfach wegschauen könne und „gewisse Kommentare nicht unkommentiert“ lassen dürfe. Zunächst war sich die Wertebotschafterin sicher, dass die Diskussion nur kurz anhalten werde. Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmer*innen geben jedoch Hoffnung, dass eine tiefgreifende und nachhaltige Auseinandersetzung um den bestehenden Alltagsrassismus entstehen kann. „Denn wer wegschaut, macht sich schuldig.“ 

Mehr dazu im Web 



<https://www.germandream.de/>



Dem VBE und GermanDream ist es ein Anliegen, dass Kinder und Jugendliche erfahren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft wie der deutschen für alle verbindliche Rechte und Werte gelten. Ziel dabei ist es, erlebbar zu machen, wie diese Rechte und Werte als gemeinsames Fundament allen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen die Chance bieten, sich als Individuum frei entwickeln zu können. Weitere Informationen zu GermanDream und zur bundesweiten Kooperation finden Sie unter www.germandream.de.

Sie sind interessiert an einem Wertedialog an Ihrer Schule oder möchten Wertebotschafter*in werden?

Ihr Kontakt in der VBE-Geschäftsstelle Niedersachsen:

@ mail@vbe-nds.de

☎ 0511 3577650

„Nie wieder“ – In Zeiten des Abstands virtuell gedenken!

Teilnahme an der virtuellen Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2021

Es ist keine leichte Aufgabe, den Internationalen Holocaust-Gedenktag virtuell zu begehen. Die alljährliche Konferenz, die von polnischen, israelischen und deutschen Gewerkschaften, die gemeinsam in der Bildungsinternationale BI (Education International EI) organisiert sind, findet eigentlich in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau statt. Doch in diesen Zeiten ist die Begegnung vor Ort nicht möglich.

Das Gedenken jedoch bleibt wichtig – und wurde mit großer Anstrengung insbesondere durch die polnische Gewerkschaft ZNP in den digitalen Raum verlegt. Wer noch Zweifel hegte, ob dies richtig war, ließ sich spätestens bei dem Grußwort von Andrzej Kacorzyk, dem Bildungsdirektor der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, umstimmen. Er machte deutlich, dass die Gedenkstättenarbeit sich in den letzten Monaten sowieso deutlich verändert habe, viel mehr digital stattfinde und man zum Beispiel einen Twitter-Kanal aufgebaut habe – und es im Endeffekt viel relevanter sei, dass wir uns die Zeit nehmen, uns zu erinnern und uns mit dem Thema „Holocaust“ zu beschäftigen, als vor Ort zu sein. Eine versöhnliche Feststellung.

Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, während des virtuellen Treffens am 27. Januar 2021 anlässlich des 76. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz



Die Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe, und des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, hielten kurze Grußworte. Beide betonten die Sorgen machenden Entwicklungen in Deutschland, wo antisemitische Vorfälle wieder häufiger vorkommen. Außerdem verwies Beckmann auf die bedenkliche Geschichtsvergessenheit einer jungen Frau, die sich mit Anne Frank verglich, weil sie ihre Geburtstagsfeier nur mit wenigen Freundinnen begehen durfte: „Das lässt mich fassungslos zurück. Das ist nicht nur pietätlos, sondern ein Vergehen an den Millionen Opfern des Nationalsozialismus. Es ist unsere Aufgabe als Gesellschaft, solchen Verschwörungstheorien und abstrusen Vergleichen Bildungsarbeit und Gedenken entgegenzusetzen.“ Und genau das, Bildung und Gedenken, waren auch die Schwerpunkte der weiteren Kon-

ferenz. Zunächst stellten zwei Wissenschaftlerinnen und ein Wissenschaftler aktuelle Forschungsprojekte zum Themenschwerpunkt der

Konferenz „A Children Witness of History“ vor. Schwer erträglich waren die Vorträge, in denen das Leiden der Kinder anhand von Fotos, Hintergrundberichten und Erkenntnissen aus Interviews illustriert wurde. Hiernach präsentierten Lehrkräfte und Forscher*innen Projekte, die in Lerngruppen eingesetzt werden können, um sich auf ganz persönlicher Ebene mit den Schicksalen von Kindern in Auschwitz auseinandersetzen zu können. Auch ein Vertreter des VBE stellte eines vor: René Michel, Lehrer aus Sachsen und stellvertretender Landesvorsitzender im Sächsischen Lehrerverband, zeigte in einem Video die „Projektkiste“ des Schulmuseums Dresden und hob die Bedeutung außerschulischer Lernorte für die Auseinandersetzung mit dem Thema hervor. Das Video können Sie hier ansehen: <https://bit.ly/3oCFcOj>

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages machten GEW und VBE, die auf internationaler Ebene aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Bildungsinternationale zusammenarbeiten, gemeinsam auf die Möglichkeit aufmerksam, digitale Angebote für das Gedenken zu verwenden. Nicht nur in Zeiten von Corona, sondern auch als niedrigschwellige Option, in das Thema einzusteigen, sollten die vielfältigen Projekte genutzt werden. So kann man beispielsweise Anne Franks Tagebuch als fiktionale Serie auf YouTube ansehen oder einen virtuellen Rundgang in ihrem Versteck machen. Museen, etwa das Jüdische Museum Berlin, laden Kinder ab drei Jahren zu Mitmachaktionen ein. Persönliche Geschichten einzelner Menschen können über die sogenannten Stolpersteine oder das Projekt „Zweitzeugen“ recherchiert und erzählt werden. Täglich die Erinnerung wachhalten kann man mit dem Twitter-Kanal der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Zudem ist 2021 das Jahr, in dem verschiedene Kultureinrichtungen 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland feiern.

VBE-Newsletter 1/2021



© VBE Bund

Weitere Infos

Alle Links finden Sie unter:

<https://kurzelinks.de/94mi>

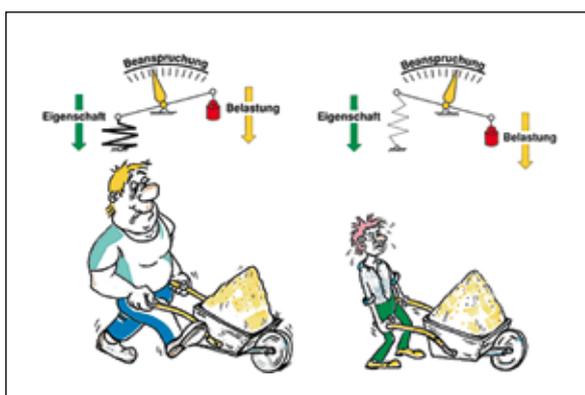
Gesund bleiben in der Hektik des Alltags. Was kann ich tun?

Mit diesem Titel ist das Fortbildungsmodul 1 der Bewegten, gesunden Schule Niedersachsen überschrieben. Es wird von Lehrer*innen aller Schulformen stark abgerufen, denn sie gehören zu den Risikogruppen für psychische Erkrankungen. Dies hängt mit dem erhöhtem Belastungserleben zusammen und es liegt nahe, die Ursachen dafür vorschnell in den aktuellen oder latenten Herausforderungen wie dem Umgang mit der Corona-Krise, der Ad-hoc-Umsetzung der Inklusion oder dem digitalen Bildungsdruck zu suchen. Forschungsarbeiten belegen hingegen, dass es weniger auf den Umfang oder die Art der Anforderung ankommt. Es geht eher um förderliche Rahmenbedingungen und um das Wecken von kollegialen Ressourcen als Voraussetzung zur gemeinsamen Bewältigung aller Aufgaben. Das Gefühl „Ich werde gesehen und ich bin wichtig“ sorgt für Wertschätzung und senkt den Druck auf Beteiligte.

Gewinnbringend ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit Belastung und Beanspruchung, denn jede „Last“ wirkt in Herausforderung und Belastungsgrad ungleich.

Ungleichheit anerkennen – nicht jede/-r empfindet gleich. Wie ist meine Haltung?

Es lohnt sich, die Aufmerksamkeit auf gefühlte „Überlastungsmomente“ zu richten und dabei das Wechselspiel von individuellen und scheinbar objektiv bestehenden Lasten zu betrachten. Zunächst hilft eine Definition: Als Belastung wird die Gesamtheit aller auf den Menschen wirkenden äußeren Einflüsse wie psychosoziale Belastungen (Zeitdruck, herausfordernde Unterrichtssituationen, Distanzunterricht, nicht funktionierende Zusammenarbeit, Konkurrenzdruck, fehlende Anerkennung ...), physikalische Belastungen (Schallpegel, Lärm, räumliche Situationen, Atemschutzmaske ...) und private Belastungen (Kindererziehung, Partnerschaftskonflikte, die Vereinbarkeit von Homeoffice und der Betreuung der Kinder ...) gesehen.



Wie unterschiedlich scheinbar objektive Belastungen Menschen tangieren, drückt sich je nach Disposition in zuversichtlichem (Zufriedenheit, Selbstwirksamkeitserleben, etc.) oder resignierendem Verhalten als Ausdruck des Überlastungsempfindens aus (Konzentrationsstörungen, Tinnitus, Schlafstörungen, etc.). Im Wechselspiel zwischen der eigenen Verfassung und Haltung und den Rahmenbedingungen meines Arbeitsumfeldes definiert sich das eigene Belastungserleben. Will man für Entlastung sorgen, macht es Sinn, bei sich selbst zu beginnen, statt sofort nach Veränderung von Rahmenbedingungen zu rufen.

Selbstvergewisserung: Wo stehe ich?

So gilt es, sich als Erstes zu fragen: Wieweit tangieren und beanspruchen mich die konkreten Belastungen meines Berufes? Wie stark identifiziere ich mich mit meiner Schule? Fühle ich mich gesehen und anerkannt? Kann ich die Unterschiedlichkeit unseres Kollegiums anerkennen? Wie steht es um meinen Anteil im kollegialen Miteinander?

Im zweiten Impuls geht es darum, vorhandene Rahmenbedingungen für das Gelingen zeitgemäßer Bildung abzuklopfen. Dazu gehören neben der Verbesserung des Arbeitsplatzes (ergonomisch eingerichtete Lehrer*innen-Arbeitsplätze, digitale Ausstattung, etc.) auch die Anpassung curricularer Vorgaben an das Bildungsverständnis des Kollegiums. Soll es zukunftsorientiert um Bildung oder nur um Ausbildung unserer Schüler*innen gehen?

Widerstandsressourcen aufbauen. Stärke leben.

Gesundheitsförderlich ist, sich auf eigene Stärken zu besinnen und sie einzusetzen. Dabei ist das Modell der Salutogenese hilfreich. Es ist ein stärkeorientiertes Modell, das auf die Bildung der Widerstands-Ressource „Kohärenzsinn“ gegen berufliche und auch private Lebensbelastungen setzt. Durch die drei Komponenten Sinnhaftigkeit, Verstehbarkeit und Machbarkeit bietet dieser Ansatz ein Gelingens-Modell für schulische Prozesse.

Alle drei Wirk-Komponenten greifen ineinander, wobei die **MACHBARKEIT** im Schulalltag „Ich packe es an dieser Schule“ als wesentliche, von uns im Alltag direkt zu

Salutogenese

Salutogenese heißt: „Entstehung von Gesundheit“. Das Salutogenese-Konzept, in den 1970er-Jahren von dem Medizinsoziologen Aaron Antonovsky entwickelt, basiert auf einem ganzheitlichen Gesundheitsbegriff in Abgrenzung zur Pathogenese (Entstehung von Krankheit). Dabei geht es vor allem darum, die Fähigkeit jedes Einzelnen zur Erhaltung und Stärkung seines Wohlbefindens zu fördern und bei Belastungen gesund zu bleiben.



Das Konzept der Salutogenese ist die Basis für das Handeln der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

beeinflussende Größe dominiert. Damit werden auch die beiden flankierenden Komponenten **SINNHAFTIGKEIT** „Meine Arbeit an dieser Schule macht Sinn, es lohnt sich“ und die **VERSTEHBARKEIT** „Ich blicke in meiner Schule durch“ gestärkt. Wenn diese drei Komponenten als Selbstvergewisserungsfragen Ihr „Alltagsgeschäft“ begleiten, ist es leichter, mit Belastungen kohärent und gelassen umzugehen. Das Modell der Salutogenese ist Bezugspunkt der Fortbildungen zur Lehrer*innengesundheit (s. Modul 1) im Programm der Bewegten, gesunden Schule mit folgenden Praxisvorschlägen.

Tipps für Ihren Schulalltag

- Stellen Sie sich selbst als Lehrer*innen in den Mittelpunkt, denn nur wenn Sie gesund sind, kann Beziehungsarbeit und Schulqualität gelingen.
- Klären Sie Ihre Rolle im Kontext Ihrer Bildungsvorstellungen. Das sorgt für Klarheit und Erfolgserlebnisse. OECD-Bildungsdirektor A. Schleicher stellt in einem HAZ-Interview klar, „die Aufgabe der Lehrer verändere sich weiter. Es gehe eben nicht mehr um Wissensvermittlung. Das kann die Technologie heute schon ganz gut. Sondern als Lehrkraft von heute, von morgen müssen sie ein guter Coach sein, ein guter Mentor sein. Sie müssen ihre Schüler als Personen kennen, nicht nur ihr Unterrichtsfach. Was wir aus der Krise lernen können, ist, dass Bildung nicht Transaktion ist, sondern Relation, als Beziehungsarbeit. Und die Lehrer, die dort gut sind, haben in dieser Krise sehr viel erreicht.“
- Ziehen Sie an einem Strang. Die zufriedenstellende Zusammenarbeit im Team gilt als zentrale Bedingung

für Wohlbefinden im Beruf. Gegenseitige Empathie und Unterstützung reduzieren das Belastungserleben.

- Öffnen Sie Ihren Unterricht. Fördern Sie den Austausch durch kollegiale Hospitationen. Dies bildet Vertrauen und Feedbackkultur.
- Seien Sie pragmatisch in der Regelung des kollegialen Zusammenlebens:
 - Konferenzkultur (Rahmen für Anerkennung und Entwicklung; verbindlicher Umgang mit Lebenszeit; Lösungsorientierung; Position beziehen)
 - Pausenkultur (Zeitfenster ab 25 Minuten, nur erholte Lehrer*innen machen gute Arbeit; Bewegungs-, Spiel- und Rückzugszeit für Schüler*innen)
 - Steuerungsausschuss (Übernahme von Steuerungsverantwortung; Partizipation; Steuerung der Schulentwicklung)
 - Supervision (professionelle Berufsbegleitung; Rollenshärkung als Voraussetzung für angemessenes Belastungserleben; Konfliktbearbeitung)
 - Rhythmisierung (bedarfsgerechte Definition von Zeitfenstern für selbsttätiges, bedeutsames Lehren und Lernen)

Nehmen Sie sich Zeit!

Wenn Sie sich im Kollegium mit diesem Thema wirkungsvoll auseinandersetzen wollen, sorgen Sie dafür, dass diese Arbeit nicht in der Hektik des Alltags untergeht. Priorisieren und streichen Sie an anderer Stelle. Dieses Vorgehen ist schon ein erster Erfolg in Richtung Selbstachtsamkeit. Wenn Sie Unterstützung brauchen, bietet die Bewegte, gesunde Schule mit dem Modul 1 eine vierstündige Fortbildung in Ihrer Schule an.

Informationen unter www.bewegteschule.de

Literatur:

- Antonovsky, A. (1997): Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen.
- Brägger, G./Hundeloh, H./Posse, N./Städtler, H. – (Hrsg.) (2017): Bewegung und Lernen – Konzept und Praxis Bewegter Schulen. Weinheim/Basel.
- Dudenhöffer, S., und Autorenteam (2013): Gesund bleiben im Lehreralltag. Eigene Belastungen erkennen – Lösungen finden. Wiesbaden.
- VBG Hera: Abb. Belastung/Beanspruchung http://vbg.de/wbt/kirche/daten/glossar/belastung_beanspruchung.html
- Peters, T. (2021): Pisa-Chef kritisiert Lehrerbildung, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung. 11.01.2021, S. 4).

Vita:

Hermann Städtler war 26 Jahre Schulleiter der Fridtjof-Nansen-Schule in Hannover, die mehrere Gesundheits- und Integrationspreise erhalten hat. Als Leiter des MK-Programms „Bewegte, gesunde Schule Niedersachsen“ setzt er sich für mehr Bewegung in der Schule und besonders für die Lehrer*innengesundheit bundesweit ein.

Info

Die **Bewegte, gesunde Schule Niedersachsen** ist ein Angebot des Kultusministeriums. Dieses Programm für mehr Bewegung und Gesundheit hat mehr zu bieten als nur Bewegungsimpulse für einen ansonsten wenig anregenden Unterricht. Sie ist Teil einer neuen Lernkultur, in der Schüler*innen selbsttätig handeln und bewegend lernen können. Ein besonderes Augenmerk richtet die Bewegte Schule auf die gesundheitliche Perspektive der Lehrer*innen.

Im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Bewegten, gesunden Schule wird deshalb seit Jahren eine 4-stündige Fortbildung für Kollegien aller Schulformen angeboten, die sich ausgehend von der konkreten Situation vor Ort mit der Bearbeitung „schulischer Krankmacher“ befasst. Dieses Modul ist für niedersächsische Schulen kostenfrei. Schulen aus anderen Bundesländern müssen die Kosten tragen. Informationen unter www.bewegteschule.de

Outdoor-Fitness – Sport im Freien in „Coronazeiten“

Sport im Freien: Überlegungen zur praktischen Umsetzung in den Sek. I und II

Gerade jetzt – in „Coronazeiten“ – ist der Sportunterricht besonders wichtig, um einen Ausgleich zum langen statischen Sitzen in den anderen Fächern zu schaffen.



© shutterstock.com | MariDav

Bewegung und Sport ...

- wirken sich insgesamt positiv auf Gesundheit und das persönliche Wohlbefinden aus;
- erzeugen Glückshormone (Endorphine), die mehr Lebensfreude, Begeisterungsfähigkeit und Motivation entstehen lassen;
- regen die Herz- und Kreislaufätigkeit an, sorgen für eine bessere Durchblutung;
- führen dem Gehirn mehr Sauerstoff zu;
- beanspruchen/kräftigen die Muskulatur und verhindern körperliche Fehlbelastungen;
- führen mit koordinativen Schwerpunkten zum Zusammenspiel beider Gehirnhälften und verbessern die Feinmotorik usw.

- Genutzt wird dabei, was man in der Natur vorfindet, natürliche Gegebenheiten genauso wie vom Menschen angelegte Veränderungen.
- Statt der gewohnten „genormten Geräte“ in der Sporthalle werden Übungen an und mit Bäumen/Baumreihen, Treppenstufen, Geländern, kleinen Gräben, Steinkanten, Bänken etc. ausgeführt.

Das Üben und Trainieren „draußen“ bietet einige Vorteile, z. B. muss die Übungsstätte vorher nicht hergerichtet und es müssen auch keine speziellen Geräte bereitgelegt werden, sondern es werden die jeweiligen Gegebenheiten genutzt, um konditionelle und koordinative Fähigkeiten zu schulen und zu verbessern.

Ausgangspunkt ist die vom Niedersächsischen Kultusministerium herausgegebene „Ergänzung zum Niedersächsischen Rahmenhygieneplan Corona Schule – Sportunterricht“ – darin heißt es u. a.:

- „Die sportliche Betätigung auf allen Sportanlagen – auch Sporthallen – muss zum Schutz vor Corona-Infektionen sehr konsequent kontaktlos und mit einem Abstand von zwei Metern zu Personen erfolgen.“
- Der Sportunterricht sollte bevorzugt im Freien durchgeführt werden, da so das Einhalten von Distanzregeln erleichtert wird und das Infektionsrisiko durch den permanenten Luftaustausch reduziert wird.

Natürlich ist das jeweilige Übungsangebot von den Gegebenheiten vor Ort abhängig. Die erfahrene Sportlehrkraft kennt ihr schulisches Umfeld, um eine intensive Sportstunde „im Freien“ zu planen.

Was wird benötigt? Wo beginnt man?

- Es wird keine spezielle Ausrüstung benötigt, die übliche Sportkleidung reicht aus.
- Laufschuhe und ganz normale Sportkleidung sind eigentlich alles, was man braucht. Evtl. eine Trinkflasche und ein Handtuch! Bei kaltem Wetter Mütze und Handschuhe.
- Häufig liegt ein kleines Waldstück (Stadtwald oder Park) vor der „Haustür“ und kann von der üblichen Sportstätte (Sporthalle auf dem Schulgelände) schnell angelaufen werden.

Insbesondere der Hinweis, dass der Sportunterricht bevorzugt im Freien durchgeführt werden sollte, bietet neue Möglichkeiten und Chancen, den Sportunterricht „anders“, interessanter und zeitgemäßer zu gestalten.

Es ist von großem Vorteil, wenn sich die Schüler nach dem Umkleiden vor der Turnhalle / auf dem Schulhof „mit Abstand“ versammeln und von dort das „Warmlaufen“ beginnen kann.

Sport draußen – im Freien – kommt bei den Jugendlichen meist gut an, weil genutzt wird, was man draußen vorfindet, es außergewöhnlich ist und die Abstände/Distanzen leichter eingehalten werden können.

Auswahl der Übungen und Hinweise zur Ausführung

Jede Sportstunde im Freien sollte folgende Schwerpunkte beinhalten. Die Auswahl und Reihenfolge der Übungen sind immer von den jeweiligen Gegebenheiten abhängig.

Outdoor-Fitness – Sport im Freien – was ist charakteristisch?

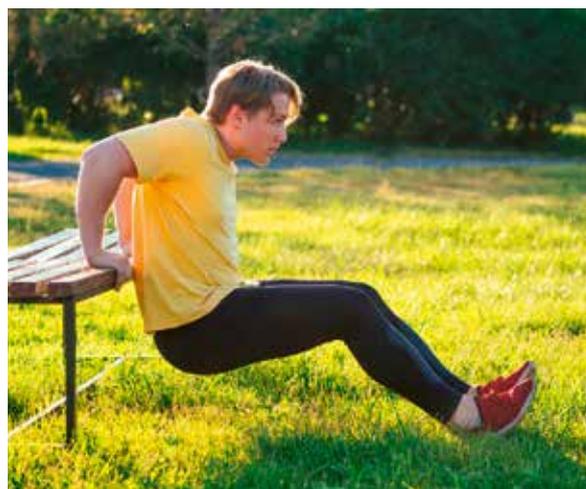
- Sportliche Aktivitäten finden „draußen“ an frischer Luft im Freien statt.
- Für das Üben und Trainieren „draußen“ braucht man keine Geräte, denn es ist ja schon alles da, was die Natur oder das Gelände hergibt.

PRAKTISCHES LERNEN

Um den unterschiedlichen Voraussetzungen der Jungen und Mädchen gerecht zu werden, muss die Sportlehrkraft neben der Basisübung immer auch leichtere und manchmal auch schwierigere Aufgaben bereithalten. Die Differenzierung kann über die Anzahl der Wiederholungen oder durch eine veränderte Aufgabenstellung erfolgen.

- „Warmmachen“ = 5–10 Min. langsames Laufen (Joggen) zum Aufwärmen (Abstände dabei beachten); danach folgen Übungen zur Kräftigung der Hauptmuskelgruppen – Beispiele:
- Liegestütz „vorlings“ (Push-up) an der Parkbank = Brust und Arme, Tipp: Während der Übung immer die Körperspannung halten. Gesäß und Schultern bleiben auf einer Linie – kein Hohlkreuz!
- Kniebeugen (Squats) = Gesäß und Oberschenkel, Tipp: Die Füße bleiben bei der Ausführung immer mit der ganzen Fläche auf dem Boden.
- Schluss sprünge an einer Treppe = Oberschenkel und Waden, Tipp: Gleichmäßig und rhythmisch springen.
- Schrittwechsprünge (Treppen-Jump) = Beine und Arme, Tipp: Die Arme unterstützen den Rhythmus der Sprungfolge
- Ausfallschritte (Lunges) = Gesäß und Oberschenkel
Tipp: Den Oberkörper und den Rücken gerade halten.
- Unterarmstütz = Körpermitte, Bauch, Tipp: Während der Übung den Atem immer weiter fließen lassen.
- Liegestütz rücklings (Dips) an der Parkbank = Trizeps, Tipp: Langsam und gleichmäßig ausführen – nicht ruckartig!
- Klimmzüge an einer Stange / einem stabilen Ast = Brust und Bizeps, Tipp: Die Übung gleichmäßig und nicht ruckartig ausführen. Den Atem immer weiter fließen lassen.

Exemplarisches Beispiel: Es sind nur Anregungen und sie müssen den jeweiligen Voraussetzungen vor Ort angepasst werden. Es wird eine Einzelsportstunde von 45 Min. verplant. Wenn man die Zeit für das Umkleiden abzieht, verbleibt meistens eine Übungszeit von ca. 35–40 Min. Entsprechend müssen auch die Streckenlänge und die Übungsstationen ausgewählt werden.



Start: Schulhof – langsamer Lauf zum Rundweg/Park/Gelände – Abstände beachten!

- Liegestütz vorlings an den Parkbänken: Je nach Leistungsvermögen 10–15 x. Auch hier die Abstände beachten! Es üben immer nur 2 Schüler gleichzeitig an einer Bank!
Langsames Weiterlaufen zu einer Baumreihe, dabei Abstände einhalten.
- Slalomlauf um eine Baumreihe, dabei immer auf ausreichenden Abstand achten!
Beim Slalomlauf um die Bäume darf nicht überholt werden. Je nach Streckenlänge wird der Lauf 2 x oder 3 x ausgeführt.
An der Baumreihe bleiben – kurzer Anlauf und im Sprung versuchen, einen in (über) Reichhöhe befindlichen Ast zu berühren. Der andere Arm gleicht Schwankungen aus und unterstützt das Gleichgewicht, auf eine sichere Landung achten und langsam nach vorn weiterlaufen.
- Jeder sucht sich einen freien Platz (Abstand) auf dem Weg, auf der Grünfläche, evtl. unter einem Baum.
Kniebeuge: Füße hüftbreit aufsetzen und die Knie langsam mit geradem Rücken beugen, bis die Oberschenkel fast die Waagerechte erreicht haben. Einen Moment diese Position halten, danach langsam wieder in die Ausgangsstellung zurückkommen. Je nach Leistungsvermögen 7–15 x.
- Liegestütz rücklings (Dips) an den Parkbänken. Je nach Leistungsvermögen 10–15 x. Auch hier die Abstände beachten! Es üben immer nur 2 Schüler gleichzeitig an einer Bank!

Anschließend wieder gemeinsam mit Abstand zum Ausgangspunkt Schulhof zurücklaufen.

Rudi Lütgeharm – Sportpädagoge 



Geringfügig Beschäftigte zur Bewältigung der Corona-Pandemie

„Um die Schulen bei der Bewältigung der derzeit bestehenden pädagogischen, unterrichtlichen und organisatorischen schulischen Aufgaben sowie der coronabedingt zusätzlichen Herausforderungen personell zu entlasten und zu unterstützen, stellt das Niedersächsische Kultusministerium Mittel für den zusätzlichen Einsatz von sogenannten geringfügig Beschäftigten zur Verfügung. Jede öffentliche allgemeinbildende Schule hat ab sofort die Möglichkeit, mindestens eine pädagogische Mitarbeiterin bzw. einen pädagogischen Mitarbeiter befristet bis zum 31.07.2021 einzustellen. Dabei haben zunächst Grundschulen und kleinere Systeme Priorität.“

Mit dieser, der Homepage der RLSB (<https://www.rlsb.de/themen/pm/mini-jobber>) zu entnehmenden Information, hat die niedersächsische Schulverwaltung einen (weiteren) Baustein zur Bewältigung des durch die Pandemie deutlich schwieriger zu handhabenden schulischen Alltags bis zu den Sommerferien 2021 bereitgestellt. Der avisierte Personenkreis (laut RLSB „insbesondere Studierende, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Rentner, Pensionäre und andere geeignete Personen“, eine Qualifikation ist aber keine *Conditio sine qua non!*) darf dabei als „450-Euro-Jobber*innen“ bzw. „Mini-Jobber*innen“ einen bunten Strauß an Aufgaben wahrnehmen, der teilweise auch originäre Aufgaben der Lehrkräfte betrifft (etwa Beaufsichtigung von Schüler*innen im Rahmen eines Vertretungskonzept, also Aufgaben gem. § 62 Nds. Schulgesetz [NSchG]) und in Bereiche hineinreicht, die – jedenfalls in den meisten Fällen – dem Schulträger obliegen (Einrichtung und Betreuung von digitalen Endgeräten, also Aufgaben gem. § 113 NSchG).

Rechtlich „auf der sicheren Seite“ sind sowohl die Schulleitung als auch die pädagogischen Mitarbeiter*innen dadurch, dass sie durch die (wenn auch „geringfügige“) Anstellung beim Land Niedersachsen zu Mitarbeiter*innen des Landes i.S.d. § 53 NSchG werden. Hierdurch unterliegen sie nicht nur den fachlichen Weisungen der Schulleitung, sondern können im Schadensfall auch von den haftungsrechtlichen Privilegien profitieren, die das Beschäftigungsverhältnis zum Land mit sich bringt, insb. der Beschränkung der persönlichen Haftung auf Fälle von Vorsatz und grober Fahrlässigkeit (§ 839 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs i.V.m. dem sog. „haftungsrechtlichen Beamtenbegriff“).

Bei der Einstellung der „Mini-Jobber*innen“ ist zu beachten, dass diese ein sog. erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen, da ein direkter Kontakt zu den Schü-

ler*innen möglich ist und sie somit unter den Runderlass des MK vom 1. September 2020 („Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses bei Tätigkeiten im schulischen Bereich“, SVBl. 2020, S. 544) zu fassen sind. Auch für Fälle, in denen Kontakt mit Schüler*innen vom Aufgabenzuschnitt her nicht geplant ist, sollte darauf bestanden werden, um jederzeit die volle Flexibilität des Personaleinsatzes gewährleisten zu können.

Ebenfalls zu beachten ist, dass der Personalrat der Einstellung der „Mini-Jobber*innen“ zustimmen muss (§ 65 Abs. 2 Nr. 1 Nds. Personalvertretungsgesetz), da auch geringfügig Beschäftigte (Teilzeit-) Arbeitnehmer*innen sind (§ 2 Abs. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Vierten Sozialgesetzbuchs).



© SchILFs

Dr. jur. Florian Schröder
(www.SchILFs.de)



John Hattie, Klaus Zierer
Visible Learning. Unterrichtsplanung
Schneider Verlag Hohengehren 2020,
330 S., 25,00 Euro
ISBN: 978-3-8340-2070-3

John Hattie und Klaus Zierer gehen in ihrem Werk der Herausforderung nach, die gewonnenen Einsichten der empirischen Bildungsforschung ins Klassenzimmer zu bringen. Ausgehend von einer konkreten Unterrichtsstunde erläutern sie Schritt für Schritt, wie Evidenz genutzt werden kann, um einen möglichst großen Lernerfolg für alle Schüler*innen zu erreichen.

Das Buch

- verbindet dabei den bisher größten Forschungsfundus der empirischen Bildungsforschung mit der alltäglichen Aufgabe der Unterrichtsplanung,
- umfasst empirische Forschungen zum Lehren und Lernen ebenso wie theoretische Studien zur Unterrichtsplanung,

- orientiert sich an den Phasen der Analyse, Planung, Durchführung und Auswertung einer Unterrichtsstunde,
- gibt Hinweise für Lernende, Eltern, Schulleitungen und Lehrpersonen,
- bietet durch Vertiefungsaufgaben auf den Niveaus des Oberflächenverständnisses und des Tiefenverständnisses zahlreiche Möglichkeiten der Sicherung und
- folgt damit selbst evidenzbasierten Kriterien einer ziel führenden Professionalisierung von Lehrpersonen.

Als evidenzbasierter Leitfaden für den Unterricht ist es geeignet für Studierende und Lehrpersonen aller Schularten.



Januar 2021: Netzwerk-Datenbank + Wettbewerb Verlängerung der Frist zur Anmeldung vom 31.01.2021 bis ENDE MÄRZ 2021

Angebote aus Ernährung und Haus- wirtschaft in Niedersachsen: Das ZEHN vermittelt einen Überblick

Von Weiterbildungsangeboten über Vorträge bis zu außerschulischen Lernstandorten – die neue Netzwerk-Datenbank des Zentrums für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN) informiert über das Angebot der Akteure im Land.

Im Oktober 2019 hat das ZEHN seine Arbeit aufgenommen. Neben den vier Schwerpunkten Ernährung, Hauswirtschaft, Lebensmittelwertschätzung und Alltagskompetenzen setzt sich das Team des ZEHN für den Ausbau des Netzwerks in Niedersachsen ein. „Wir möchten die bestehenden Angebote in Niedersachsen noch bekannter machen“, sagt Rike Bullwinkel, Leiterin des ZEHN. „Fachinstitutionen, aber auch Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sollen schnell einsehen können, welche Angebote aus Ernährung und Hauswirtschaft landesweit existieren.“ Seit Januar 2021 gibt es auf der Website des ZEHN daher eine Netzwerk-Datenbank, in die sich die Akteure eintragen können. Die Netzwerk-Datenbank ist online unter www.zehn-niedersachsen.de/netzwerk abrufbar.

Für 2021 haben Rike Bullwinkel und ihr Team einiges geplant: Ab Februar beginnt der Versand eines eigenen Newsletters, in dem es um Aktuelles aus den vier Fachbereichen gehen wird. Im Schwerpunkt Lebensmittelwertschätzung können sich Schülerinnen und Schüler aller allgemein- und berufsbildenden Schulen noch bis Ende März zum Wettbewerb „Mit Lebensmittelwertschätzung Schule machen“ anmelden. Die Preisverleihung findet im Juni statt. Im Frühjahr geht die Website der Imagekampagne „Hauswirtschaft ist angesagt“ online. Im Fokus dabei: Ein Blog, in dem die Hauswirtschaftsbotschafterinnen und -botschafter des ZEHN über ihren Alltag im Betrieb berichten. Im Laufe des Jahres wird das ZEHN außerdem die Erarbeitung der niedersächsischen Ernährungsstrategie fertigstellen und mit der Umsetzung der Maßnahmen beginnen.

Hintergrund:

Das ZEHN wurde im Oktober 2019 ins Leben gerufen und wird vom niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gefördert. Träger ist die Landwirtschaftskammer Niedersachsen.

Die neue Netzwerk-Datenbank
des ZEHN listet niedersächsische
Institutionen rund um Ernährung und
Hauswirtschaft.



ZEHN im Web



www.zehn-niedersachsen.de



Foto: www.zehn-niedersachsen.de

Presseinformation

LandFrauen-Petition erfolgreich: 15.500 Unterschriften!

Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover sammelt rund 15.500 Unterschriften für ein Schulfach „Ernährungs- und Verbraucherbildung“ in Niedersachsen.

Hannover, 2. Februar 2021 – Mit ihren Unterschriften unter der Petition für ein Schulfach „Ernährungs- und Verbraucherbildung“ in Niedersachsen unterstützen 14.497 Menschen die Forderung des Niedersächsischen LandFrauenverbandes Hannover (NLV). „Das Ergebnis führt die Dringlichkeit unseres Anliegens deutlich vor Augen“, sagt Elisabeth Brunkhorst, NLV-Präsidentin.

Argumente für die Forderungen finden sich in den mehr als 1250 von Unterzeichner*innen auf der Petitionsseite hinterlassenen Kommentaren: „Zu Hause werden zu wenig Kompetenzen dieser Art vermittelt“, „Ich sehe in hauswirtschaftlichem Unterricht den Schlüssel für eine langjährige positive Entwicklung in der Ernährung und somit eine Entlastung des Gesundheitswesens!“ oder „Als Lehrkraft an einer Förderschule mit Fachkonferenzleitung Sachunterricht bin ich fortwährend mit den mangelnden Kenntnissen der Schüler*innen konfrontiert“ lauten drei davon (alle Kommentare hier: <https://kurzelinks.de/cike>).

Hinter der Petition stehen 14 Partnerorganisationen aus der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie aus dem Bildungsbereich, darunter das Deutsche Netzwerk Schulverpflegung, die LEB Niedersachsen und der Verband Bildung- und Erziehung, Landesverband Niedersachsen. Alle Partnerorganisationen finden Sie unter diesem Link: <https://kurzelinks.de/lknh>.

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wird der NLV das Ergebnis persönlich an den niedersächsischen Kultusminister Grant Hendrik Tonne überreichen, sobald dieses im Hinblick auf die Coronapandemie unbedenklich möglich ist. Der NLV wird die Forderung auch darüber hinaus weiterverfolgen: „Im Vorfeld der Landtagswahl im Jahr 2022 werden wir mit vielen unserer 68.000 Mitglieder Politikerinnen und Politiker immer wieder auf unsere Forderung aufmerksam machen“, kündigt Elisabeth Brunkhorst an. „Denn die Folgekosten einer verfehlten Ernährungs- und Verbraucherbildung sind enorm. Die Politik muss das endlich erkennen und handeln!“ 

LandFrauen

Der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover e. V. (NLV) setzt sich ein für die Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situation von Frauen, für Bleibeperspektiven im ländlichen Raum, die Stärkung der Hauswirtschaft als Alltagskompetenz und Profession und den Dialog zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern. Weitere Schwerpunkte des NLV sind Bildungs- und Projektarbeit.  <https://landfrauen-nlv.de>

Lehrerbildung (noch) besser machen



Ludwig Eckinger
 Lehrerbildung (noch) besser machen
 Schriftbild GmbH, 2020, 120 S., 17,90 Euro
 ISBN 978-3-9519877-0-5

Das vorliegende Buch des früheren langjährigen VBE-Bundesvorsitzenden Dr. Ludwig Eckinger (1993–2009) ist weit mehr als eine Schelte der für die Bildung in unserem Land verantwortlichen Generationen von Kultusminister*innen. Diese hätten seit mehr als drei Jahrzehnten den tatsächlichen langfristigen Lehrerbedarf ignoriert und versuchten seit einiger Zeit, angesichts des bundesweiten Lehrermangels die offenen Stellen vor allem in der Grundschule mit „Leuten“ zu besetzen, „für die Pädagogik und Didaktik bisher Fremdwörter waren, und die statt Karriereprobleme lieber etwas Sicheres“ haben.

Eckingers Buch ist eine historisch fundierte und an gesellschaftlichen Entwicklungen und Fehlentwicklungen mit vielen fachlichen Belegen untermauerte Streitschrift für eine demokratische Schule als „Haus des Lernens“, das sowohl der individuellen Befähigung als auch der sozialen Teilhabe aller ihr anvertrauten „Zöglinge“ Rechnung tragen soll. Das setzt eine voll entfaltete universitäre Profession des Lehrerberufes in allen Schulstufen voraus, die durch ein „Lehrerleitbild“ (Schweiz – Standesregeln) ergänzt werden muss, das die bisherigen politisch opportunen und kulturadministrativen Eingrenzungen ablöst.

Der Autor weiß, wovon er schreibt, denn als Vorsitzender der dbb-Expertenkommission für Schule, Bildung und Wissenschaft gelang ihm im Jahr 2000 eine von allen deutschen Lehrerorganisationen und allen Kultusministern der Bundesländer unterzeichnete „Bremer Erklärung – Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer – Fachleute für das Lernen“. Eckinger möchte heute angesichts des durch die Corona-Pandemie beschleunigten beruflichen Wandels und des Einstiegs in digitale Unterrichtsformate die Lehrerschaft ermutigen, sich weiterhin als „Fachleute für das Lernen und Lehren“ berufsethisch zu verstehen.

Der Autor orientiert sich dabei an dem Text der „Wiener Erklärung“ (2008 / S. 104–105), die gemeinsam vom LCH (Lehrerverband der Schweiz), der GÖD (Pflichtschullehrerverband in Österreich) und dem VBE unter seiner Mitwirkung entstand, um für „nachhaltige“



Dr. Ludwig Eckinger

Grundsätze einer heutigen Berufsethik zu plädieren. Dabei belässt es Eckinger aber nicht. Er wirbt im Schlussteil seiner pädagogischen „Streitschrift“ für mehr Autonomie der Lehrerverberufung in Deutschland und deren langfristige Personalentwicklung.

Dem Verleger und Vorsitzenden der „FLOH-Stiftung LERNEN“, Günther Brinek, dankt die Redaktion „zeitnah“ für die Herausgabe des lesenswerten Buches. *ufra*

© Privat

Wiener Erklärung

Zusammen mit dem LCH (Lehrerverband der Schweiz) und dem GÖD (Pflichtschullehrerverband in Österreich) hat der VBE (Verband Bildung und Erziehung) die Wiener Erklärung verfasst, die qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer als einen Eckpfeiler der Demokratie sieht. Sie enthält sieben Punkte:

- I. *Lehrerinnen und Lehrer sind Fachleute für das Lernen und Lehren. Sie fördern und fordern ihre Schülerinnen und Schüler, sie gestalten fachlich und didaktisch ihren Unterricht und geben Anregungen zum selbstbestimmten Lernen.*
- II. *Lehrerinnen und Lehrer haben einen Erziehungsauftrag. Sie sind sich ihrer Vorbildfunktion bewusst, sie geben Orientierung und erziehen mit pädagogischer Kompetenz.*
- III. *Lehrerinnen und Lehrer sind in der Lage, kompetent zu urteilen. Sie diagnostizieren mit pädagogisch-psychologischer und fachdidaktischer Kompetenz, um Schülerinnen und Schüler fördern, beraten, und zertifizieren zu können.*
- IV. *Lehrerinnen und Lehrer stellen Anforderungen an ihre Schülerinnen und Schüler. Sie erkennen unterschiedliche Lernvoraussetzungen und reagieren mit individuellen Lernangeboten und Lernanforderungen.*

- V. *Lehrerinnen und Lehrer entwickeln ihre Kompetenzen ständig weiter. Sie nutzen Fort- und Weiterbildungsangebote, um wissenschaftliche Erkenntnisse in ihrer beruflichen Tätigkeit berücksichtigen zu können.*
- VI. *Lehrerinnen und Lehrer steuern die Schul- und Unterrichtsentwicklung maßgeblich mit. Sie beteiligen sich an der inneren und äußeren Schulentwicklung und wirken an der Umsetzung eines Schulprogramms mit.*
- VII. *Lehrerinnen und Lehrer brauchen gute Arbeitsbedingungen, um gesund und leistungsfähig zu bleiben. Sie haben einen komplexen Berufsauftrag, der nicht beliebig nach gesellschaftlichen Bedürfnissen erweitert werden darf, weil sonst die pädagogische Qualität und die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer nicht in Einklang zu bringen sind.**

* „Wiener Erklärung“: Qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer – ein Eckpfeiler der Demokratie. Ein Leitbild für den Lehrerberuf heute. Wien, November 2008, im Geschäftsbericht des Verbands Bildung und Erziehung 2005–2008, Berlin 2009, 383.

Corona-Wirklichkeit in den Grundschulen nicht schönreden

Sehr geehrte Damen und Herren,
Regionales Landesamt für Schule und Bildung

Die Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns und der unzureichende Schutz aller Beteiligten passen für uns einfach nicht zusammen.

Ein Problem sehen wir darin, dass es für die Kinder keine Verpflichtung zum Tragen eines adäquaten Mundschutzes gibt. Es gibt einige Schüler*innen, die Stoffmasken tragen, die seit Monaten nicht gewaschen worden sind, und auch immer wieder Kinder, die mit einem Tuschal als Mundschutz zur Schule kommen. Im Umgang miteinander sind die Kinder größtenteils verständnisvoll und umsichtig, aber sie sind eben doch erst im Grundschulalter. Da sich die Schüler*innen mit Masken sicherer fühlen, vergessen sie mitunter den Mindestabstand. Selbstverständlich achten wir darauf, jedoch passiert es dennoch.

Wir finden es nicht richtig, dass die Landesregierung die Entscheidung, die Kinder vom Präsenzunterricht abzumelden und in das Distanzlernen wechseln zu lassen, an die Eltern abgibt. Sie bringt diese somit in eine prekäre Lage. Viele Eltern scheinen auch zu vermuten, dass ihr eigenes Kind Nachteile haben könnte, wenn es nicht am Unterricht teilnimmt. Bei einer Schülerzahl von über 200 Kindern haben sich an unserer GS bis heute, 22. Januar 2021, insgesamt 16 Kinder vom Präsenzunterricht abgemeldet.

An den Gesundheitsschutz der Lehrkräfte scheint keiner zu denken. Wir machen uns große Sorgen um unser sehr engagiertes Kollegium, denn jetzt haben wir gleichzeitig Präsenzunterricht im Wechselmodell, Distanzlernen und Notbetreuung. Hinzu kommt der ständige Kontakt zu den Erziehungsberechtigten (per E-Mail kommen Anfragen rund um die Uhr).

Unser Kollegium besteht zum größten Teil aus Kolleg*innen mit schulpflichtigen Kindern. Wir fragen uns, wie wir das heimische Lernen der eigenen Kinder mit unserer Dienstpflicht vereinbaren sollen, wenn doch möglichst alle Schüler*innen zu Hause bleiben sollen?

Die seit Monaten immer wieder kurzfristigen Änderungen führen nicht nur zu einem unnötigen Chaos, sondern durch die damit verbundene Mehrarbeit aller Kolleg*innen auch zu einer Mehrfachbelastung, die kaum noch zu schaffen ist.

Bitte nehmen Sie unsere Sorgen ernst!
Personalrat einer GS (Brief wurde gekürzt) **Z**

Lieber Herr Meyer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

danke für Ihre Veröffentlichungen zum Thema Öffnung der Grundschulen: „Mehr Chaos geht wirklich nicht“, „Politik geht fahrlässig mit der Gesundheit der Lehrkräfte und Pädagogischen Mitarbeiter um“. Fassungslos und hilflos versuchen wir das Chaos in den Grundschulen zu managen. Mit Mitte 50 bin ich schon länger im Schuldienst, aber so belastend und anstrengend wie jetzt war es noch nie.

Wenn aus Niedersachsen vom Kultusministerium und vom Ministerpräsidenten gesagt wird, die Schulen leeren sich durch die Aufhebung der Präsenzpflcht, dann stimmt das einfach nicht! In meiner 1. Klasse nimmt KEIN Elternteil die Befreiung von der Präsenzpflcht wahr, in den halben Gruppen sitzen also immer noch 13 Kinder täglich in einem zu kleinen Raum zusammen. In der ganzen Schule bleiben weniger als 5 % zu Hause, was einen völlig unverhältnismäßigen Aufwand bedeutet, für einzelne Kinder Wochenpläne zu erstellen, Material auszuhändigen und digital in Kontakt zu bleiben.

Die Auseinandersetzungen mit den Eltern werden heftiger. Mit den Ängstlichen, die uns vorwerfen, nicht vorsichtig genug zu sein. Aber auch mit den Coronaleugnern und Maskenverweigerern, die uns bedrohen, weil wir ihren Kindern die Grundrechte verwehren würden.

Der Mundschutz ist – wie wir alle wissen – für Kinder eine Qual und spätestens nach der ersten Pause durchnässt. Er führt zu Konzentrationsproblemen, Müdigkeit und Kopfschmerzen. Die FFP2-Masken, die wir Lehrkräfte inzwischen tragen, erschweren das Unterrichten sehr. Es ist sehr anstrengend, damit so laut und deutlich zu sprechen, dass auch die Kinder in den hinteren Reihen es gut verstehen können. Und

Kopfschmerzen sind ständiger Begleiter im Unterricht.

Nahezu alles, was Erstklässlern in der Grundschule wichtig ist, entfällt momentan: Austausch und enger Kontakt zu anderen Kindern, unbefangenes klassenübergreifendes Spielen in der Pause, Sitzkreise, Gruppenarbeiten, enger Kontakt zur Lehrerin. Stattdessen müssen wir ständig ermahnen und unbefangenen Umgang verbieten.

Die Presseberichte in Deutschland, gerade auch zu den Gefahren der Virusmutationen, lassen auch uns Lehrkräfte nicht kalt. Viele von uns zählen zu den Risikogruppen bzw leben mit Angehörigen in einem Haushalt, die zu Risikogruppen gehören.

Hilferufe aus der pädagogischen Praxis

Allein in den letzten Tagen mehren sich im Kollegium neben Kopfschmerzen heftige Stresssymptome, Konzentrationsschwächen, Übelkeit, Gliederschmerzen, Erbrechen und Schlaflosigkeit. Das Anstrengendste und Belastendste ist die Angst, dass wir hier in Niedersachsen etwas völlig Unvernünftiges machen und die Ansteckungsgefahren unnötig erhöhen. Es fühlt sich einfach falsch an, wenn viele schlaue Leute eine Entscheidung über Schulschließungen bis 14.2. treffen und Niedersachsen dann einfach sagt, wird schon gut gehen.

Mit herzlichen, erschöpften Grüßen,
(Name ist der Redaktion bekannt; Brief wurde gekürzt) **Z**



Andrea Schütze
Was fühlst du? Was fühle ich? Kinder-Gefühle
gemeinsam erkunden und verstehen
mvg, München 2020, 240 S., 16,99 Euro
ISBN:978-3-7474-0215-3

Überschäumende Freude, Trotz, Wutanfälle – hier hilft: darüber reden. Je besser Kinder ihre Gefühle wahrnehmen und äußern, desto ausgeglichener können sie mit ihnen umgehen. Die Kinderbuchautorin und Psychologin Andrea Schütze schreibt Geschichten zu jedem Gefühl, in denen sich Kinder wiederfinden.

Da ist zum Beispiel Nitzelpritz Neidgewürz, der wüste Spuren des Neids hinterlässt. Oder Fred die, der sich mit der Hilfe seines Opas dem Monster Grilönde stellt und damit seine Angst besiegt.

Die Geschichten liefern Gesprächsanregungen, um die Emotion gemeinsam zu erleben, zu teilen und zu verarbeiten. Doch das gelingt erst, wenn auch Eltern ihre eigenen Gefühle besser einordnen können. So vermittelt Andrea Schütze fundiert ihr Wissen rund um das Thema Emotionen und schafft mit ihren Geschichten eine vertrauensvolle Atmosphäre für die Familie, in der über Gefühle gesprochen wird und diese besser verarbeitet werden können.



Alain Dikann
Das kleine Übungsheft –
Entdecke dich selbst mit Stift und Pinsel
Trinity Verlag, München 2017, 64 S., 6,99 Euro
ISBN 978-3-95550-214-0

Sich selbst besser kennenlernen, eigene Gefühle ausdrücken und Selbstvertrauen entwickeln, um sich mit sich und der Welt wohler zu fühlen. Das kleine Übungsheft zeigt mit seinem kunsttherapeutischen Ansatz Wege auf, wie dies über künstlerische Aktivitäten möglich ist. Die über 40 Übungen basieren auf essenziellen Themen: Der Körper und die Einheit von Körper und Psyche; Selbstbild und Selbstporträt in seiner ganzen Vielfalt; Identität und Persönlichkeitszüge; Affekte und Emotionen; Loslassen und Vorstellungskraft sowie schließlich die Beziehung zu sich selbst und anderen.

Als angewandte Techniken kommen hier Malen, Zeichnen und das Erstellen von Collagen zum Einsatz. Dabei gilt die Grundregel: Das Künstlerische ist nicht das Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck. Dementsprechend stehen weder Perfektionismus noch die Schaffung eines Kunstwerks im Fokus, sondern vor allem der Prozess des Kreierens und die Empfindung dabei. So bietet das liebevoll und farbenfroh illustrierte Büchlein Möglichkeiten, eigenen kreativen Energien spielerisch Raum zu geben und persönliche Potenziale zu befreien.



Sandra Grimm
Der Schöne-Träume-Laden.
Wunderzauberhafte Gutenacht-Geschichten
Arena Verlag, Würzburg 2021, 144 S., 13,00 Euro
ISBN: 978-3-401-71588-9

In einer bezaubernden Kleinstadt wartet der Schöne-Träume-Laden auf kleine und große Kunden. Hier gibt es gemütliche Kuschelbetten und fabelhaften Schlaf. Öffnet man die Ladentür, ertönt das Ping-ping-ping! der Türglöckchen und schon befindet man sich im verträumten Reich von Anna Zaubermond, dem frechen Wecker Ticktack und dem mutigen Mauselinchen. Jeder Besucher ist den drei Freunden herzlich willkommen:

Ob ein zappeliges Elfenkind, ein ängstlicher kleiner Fuchs, das kribbelige Menschenmädchen Milly, der sehnsüchtige Kapitän Knüttel oder ein schlafloses Glühwürmchen – im Schöne-Träume-Laden gibt es für jeden einen liebenswerten Einschlaf-Tipp. Ein Vorlesebuch für Kinder ab 4 Jahren mit 22 traumhaft illustrierten Gutenachtgeschichten sowie kleinen DIY-Tipps rund um das Thema Einschlafen am Ende des Buches.



Paul Martin
Mission Mystery: Ein Haus voller Rätsel
EMF Verlag, München 2019, 80 S., 12,99 Euro
ISBN 978-3-96093-622-0

Lese- und Spielvergnügen in einem: Bei den 17 spannenden Mikrimis wird der Leser zum Detektiv und knobelt sich durch unterschiedliche Szenen, kombiniert Hinweise, befragt Zeugen und findet Verdächtige.

Wenn man die Seiten des Rätselbuches faltet, sind viele neue Indizien und Details in den Häusern zu entdecken, mit deren Hilfe der Täter entlarvt werden kann. Empfehlenswert für Kinder ab 8 Jahren.



Julia Dürr
Wo kommt unser Essen her?
Beltz, Weinheim 2020, 6. Aufl., 40 S., 14,95 Euro
ISBN: 978-3-407-75816-3

Wer biegt das Hörnchen? Wo legt die Henne das Ei? Und wer melkt die Kuh? Egal, ob wir viel oder wenig essen, lieber Fleisch oder Obst und Gemüse – unser Essen stellt jemand her. Aber wer? Und wo? Mit vielen detailreichen, großformatigen Bildern und kurzen Texten geht Julia Dürr diesen Fragen auf den

Grund. Sie führt durch Bauernhöfe, Milch- und Schlachtbetriebe, in eine Backstube und eine Brötchenfabrik, auf ein Fischerboot und eine Fischfarm, über Plantagen, Obstwiesen und in ein Gewächshaus. Empfehlenswert ist dieses anschauliche Sachbilderbuch für Kinder ab 5 Jahren.

08.02.-14.06.2021 – Online
25 Jahre Grundschultag im Münsterland
Monatliche Online-Vorträge als „Brücke“



Foto: stock.adobe.com | contrastwerkstatt

Im vergangenen Jahr feierte der Grundschultag im Oldenburger Münsterland sein 25-jähriges Jubiläum. Aufgrund der Corona-Pandemie musste die vorgesehene Veranstaltung allerdings abgesagt werden, und auch in diesem Jahr kann der Grundschultag 2021 nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden. Als „Brücke“ zum Jahr 2022 organisieren die Veranstalter daher einen „Grundschultag 2021 online“: Mit monatlichen Fachvorträgen mit kompetenten Referenten rund um die Themen „Digitales Lernen“ und „Gesundheitsschutz“.

Das Online-Format besteht nach Veranstalterangaben jeweils aus einem Fachvortrag mit anschließender Diskussionsmöglichkeit via Chat-Funktion (insgesamt jeweils 90 Minuten). Bis zu den Sommerferien bietet das Organisationsteam vier Veranstaltungen zu den genannten Themenkomplexen an.

Weitere Infos zu den Veranstaltungsterminen, Referenten, Themen und Anmeldeverfahren erhalten Interessierte über die Homepage des Grundschultages.

Eingeladen sind Lehrkräfte insbesondere der Grundschulen und Förderschulen, aber auch Interessierte anderer Schulformen sowie Studienseminare.

Termine: 8.2.2021 / 8.3.2021 / 10.5.2021 / 14.6.2021
jeweils von 16:30 bis 18:00 Uhr

Ort: Online-Veranstaltungen
(Der Teilnahmelink wird nach Anmeldung zugesandt.)

Information: Franz-Josef Meyer (VBE),
E-Mail: franzjosefmeyer@aol.com oder
Niels Logemann (Uni Vechta),
E-Mail: niels.logemann@uni-vechta.de

Anmeldung und weitere Infos:
online unter www.grundschultag.de



25.-27. November 2021
Congress Center Düsseldorf

Vorteilspreis von 319 €
bei Buchung bis zum 31.03.2021
Code: VBEDSLK2021

Deutscher Schulleiterkongress 2021

Schulen gehen in Führung. Top Speaker treffen, mit Fachkolleginnen und -kollegen in den Austausch gehen und neue Kontakte knüpfen – auf Deutschlands größter Fachveranstaltung für Schulleitungen mit 3 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. 10 Jahre DSLK – ein besonderes Jubiläum. Seien Sie dabei!



Infos und Tickets unter: www.deutscher-schulleiterkongress.de